

Erscheint
an allen Werktagen.
Bezugspreis
in der Weichstoffssele 250.—
in den Ausgabeorten 260.—
durch Zeitungshändler 300.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.
Geraudreher: 4248, 2278,
8110, 8249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Dresden.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Ausverzung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis
f. d. Grundchriften bis
Anzeigentext innerhalb
Polens 40.— M
Beckametall 120.— M
Für Aufträge aus
Deutschland 3.50 M
im Reklamefall 10.— M
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Posna.

Czeczk Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Das Schicksal Palästinas.

Die eigentümlichen Verhältnisse, die nun schon seit drei Jahren in Syrien herrschen, erklären sich daraus, dass Frankreich sein Mandat über Syrien und Libanon, England das über Palästina ausübt, und dass England in der Ausübung dieses Mandates sich bis heute noch an das von Lord Balfour den Zionisten während des Krieges gegebene Versprechen, den Juden eine nationale Heimatstätte in Palästina zu schaffen, gebunden fühlt. Als der englische Kolonialminister Lord Churchill im Frühjahr 1921 Palästina bereiste, gewann er wohl den ersten unzweifelhaften Eindruck von der Stimmung im Lande. Auf der einen Seite das jüdische Volk, das ihn in grösster und aufrichtiger Begeisterung begrüßte, auf der anderen Seite die Vertreter arabischer und katholischer Kreise, die in schärfster Form gegen die Errichtung eines jüdischen Staates protestierten und von England die Zurückziehung der Balfourschen Deklaration forderten.

Kurz nachdem Churchill das Land verlassen hatte, brachen grosse Unruhen in Palästina aus, die in wütigen Gewalttaten der von den Franzosen bezahlten und ausgeheizten Araber sich gegen die Zionisten und gegen den englischen Oberkommissar Sir Herbert Samuel (selbst einen zionistischen Juden) richteten. Während Churchill noch klipp und klar erklärt hatte, dass die englische Regierung auf dem Standpunkt der Balfourschen Deklaration stehen bleibe, musste die politische Taktik Englands, das es nicht definitiv mit den Arabern, schon in Rücksicht auf diese Verhältnisse in Mesopotamien, verderben durfte, die Wege des Kompromisses wandeln. Zudem stand fest, dass der französische Kommandierende in Syrien, General Gouraud, innige Beziehungen mit allen englandfeindlichen Gruppen in Vorderasien unterhielt. Er eröffnete sogar eine Pressecampagne gegen das englische Mandat in Palästina, indem er in zahlreichen vorderasiatischen Zeitungen für die Vereinigung Syriens und Palästinas schreiben ließ, wobei inter linea die Forderung des französischen Protektorats über diese vereinigten Länder zu lesen war. England hat sich in seiner bekannten Voricht gegenüber französischen unerlässlichen Machtaussprüchen, nur darauf beschränkt, in einigen Zeitungsartikeln Frankreich zu erklären, dass es über die Machenschaften Gourauds orientiert ist.

Bei vorübergehender äußerlicher Verhüllung des Landes meinte sich im Laufe des Sommers und Frühherbstes die Spannung zwischen Arabern und den von den Engländern geschütteten Zionisten zusehends. Die Araber fühlen sich, 85 v. H. der Bevölkerung ausmachend, als Herren des Landes. Sie vergessen, dass die 15 v. H. Araber die ausschließlichen Kulturträger des Landes sind. Wer zionistische Kolonien und Kultureinrichtungen gesehen hat, muss das gerechterweise zugestehen. Allerdings sind grobe Fehler auch bei den Zionisten gemacht worden. Der Fanatismus eines Teiles der zionistischen Jugend hat vor der Omarmoschee, einem der ältesten arabischen Heiligtümer, von der Neuerichtung des Tempels Salomonis an diesem Platze sprechen lassen. Außerdem ist man auch in der Wahl der Einwanderer nicht vorsichtig gewesen, so dass Elemente mit wilden bolschewistischen und tollen panasiatischen Gedanken in das Land gekommen sind, was sogar in England selbst die Sympathie mit den Zionisten stark verringert hatte. Man macht sich aber keine übertriebenen Vorstellungen von der Größe dieser Einwanderung. Sie betrug im Jahre 1920 insgesamt nur 10 000 Juden. Von diesen hatten 3000 schon vor dem Kriege in Palästina gewohnt, 3500 kamen aus Litauen, Polen, Galizien und Deutschland, der Rest aus der Ukraine, Persien, den europäisch-asiatischen Grenzgebieten, sonstigen europäischen Staaten und aus Amerika. Im gleichen Jahre sind aber etwa 1300 Juden aus Angst vor den Arabern von Palästina nach Amerika ausgewandert.

Vom 25. August bis 21. September 1921 trat in Genf der syrisch-palästinensische Kongress unter dem Vorsitz eines libanesischen Fürsten, Michel Aounallah. Der Kongress forderte nicht weniger als die Aushebung der Erklärung Balfours durch die englische Regierung und die Zurückziehung aller englischen und französischen Truppen aus dem Mandatsgebiet. Einzelne hatte eine sehr lebhafte antizionistische Propaganda auch eine entsprechende Kampfzeitung in Damaskus, die Zeitung "Al-Ba", und eine ebensole "Al-Lima" in Ägypten begründet. Komitees und kleinere und grössere Gruppen, unter letzteren die Partei "Haifa Konferenz", denen auch zahlreiche, namenlich katholische Christen angehörten, stellten sich in den Dienst der arabischen Bewegung. Mittlerweile hatten aber auch die Zionisten beträchtliches geleistet. Die durch freiwillige Spenden der zionistischen Weltorganisation ermöglichten Ankäufe von Land zeitigten für 1921 einen ländlichen Bevölkerungsanstieg, der um das 3,5fache, ein enstädtschen Bevölkerungsanstieg, der um mehr als das 7fache in der Ausdehnung grösser war als der Besitz am Ende des Jahres 1920. Eine jüdische Sicherheitswehr wurde aufgestellt, die Vorarbeiten für eine Arbeiterbank nahezu abgeschlossen, große Schulbauten wurden vorgenommen, die Verbesserung des bisher in Jerusalem sehr schlechten Trinkwassers durchgeführt. Auch die "Alliance Israélite" eröffnete wieder ihre seit 1915 geschlossenen Schulen. Umsfangreiche Straßenbauten wurden vorgenommen. Auch der Handel erfuhr eine beträchtliche Stärkung. Die Einfuhr hatte im August 1921 einen Wert

von 471 625, die Ausfuhr einen solchen von 67 303 ägyptischen Pfund.

Im November brachen neue Unruhen der Araber aus. Es bewährte sich hier zwar die jüdische Sicherheitswehr, immerhin aber waren die Zustände äußerst mischlich.

Im gegenwärtigen Augenblick dreht sich die Frage um die Ratifizierung des englischen Mandats und damit indirekt um die Garantie der Balfourschen Erklärung durch den Völkerbund. Die Angelegenheit sollte sich auf der Washingtoner Konferenz bepröben werden. Es kam aber nur zu privaten Unterhaltungen zwischen Hughes, Balfour und Briand. Die Ratifizierung wurde auf das Programm der Völkerbundstagung vom 10. Januar gesetzt, aber auch hier verschoben. Das mag auf eine Änderung der englischen Haltung hindeuten. Tatsächlich brachte auch Anfang Januar die "Morning Post" eine Nachricht, dass die englische Regierung die Deklaration Balfours so zu definieren gedenke, dass den Juden in Palästina vor anderen Nationalitäten keine Vorrechte gegeben werden sollten. Briand verzichtete seinerseits noch kurz vor seinem Abgang, dass Frankreich für das englische Mandat in Palästina und für die Einhaltung der Balfourschen Deklaration in Palästina eintreten werde.

Wir stehen daher vor sehr wichtigen Entscheidungen. Denn es besteht kein Zweifel darüber, dass die Import- und Exportsfähigkeit Palästinas in dem Maße abnehmen wird, in dem die Herrschaft der Araber zunehmen wird. Da nun die Bedeutung Palästinas für den Handel europäischer Staaten an sich nicht gering ist und durch weitere Hebung der Zivilisation und der Kultur des Landes ganz beträchtlich gesteigert werden kann, so ist die Lösung der zionistischen Frage heute eine Frage von grossem Interesse für diejenigen Staaten, die auf den Austausch von Waren mit dem durch die kriegerischen Zustände ja immer noch ganz verschlossenen Orient Wert legen.

Das Vertrauensvotum für Dr. Wirth.

Die Fraktionsbesprechungen.

Die Lage der Dinge in Hinsicht auf die Kabinettsskrise war am Mittwoch vormittag folgende: Die Bemühungen auf Erweiterung der Koalition scheiterten, weil die Mehrheitssozialisten in fächerförmiger Weise die Zusammenarbeit mit der deutschen Volkspartei ablehnen. Die Unabkömmlinge wünschten die Regierung und ihre auswärtige Politik beispielhaft jedoch die eigenen politischen Regierung, besonders im Hinblick auf ihr Verhalten während des Eisenbahnstreiks. Ihren Standpunkt hinsichtlich des Antrages über das Vertrauensvotum machten sie von der Form dieses Antrages abhängig. Außerdem forderten sie von der Regierung Änderungen im Disziplinarvorgehen. Die deutsche Volkspartei beabsichtigte nicht, Parolezwang während der Abstimmung anzuwenden. Deswegen werden eine Reihe von Abgeordneten in der Sitzung nicht anwenden. Die bayerische Volkspartei wird sich für das Vertrauensvotum erklären.

Berlin 15. Februar. Am Mittwoch vormittag fanden Konferenzen aller Parteien statt. Die Regierungsparteien verhandelten über die Festlegung der Form des Votums. Gegen das Vertrauensvotum werden sich die Deutchnationalen, ein großer Teil der Volkspartei und Kommunisten aussprechen. Der Regierung scheint jedoch das Vertrauensvotum durch Stimmenmehrheit gesichert.

Die Mehrheit für die Regierung.

Berlin, 15. Februar. Die Mittwochsitzung des Reichstages, welche über das Weiterbestehen des Kabinetts entscheiden sollte, wurde um 4 Uhr nachmittags eröffnet. Als erster sprach der Deutchnationale Hergott, der die Regierung über die Bedeutung des Vertrauensvotums interpellierte, und zwar darüber, ob es nur den Standpunkt der Regierung und ihr Auftreten gegenüber dem Streik betreffe, oder ob es auf die allgemeine Politik der Regierung ausgedehnt werden solle. Dann sprach der unabhängige Sozialdemokrat Czapski, der sich gegen die Regierung und gegen das Vertrauensvotum für diese wandte. Darauf antwortete der Reichskanzler Dr. Wirth und erklärte, dass die Regierung ein Vertrauensvotum für ihre allgemeine Politik fordern müsse; der Kanzler sprach nur ein paar Worte zur Verteilung des Regierungspunktes in der Streitfrage. Im Namen der Demokraten sprach Petersen, der den Beschluss des Vertrauensvotums forderte. Die kommunistischen Abgeordneten Löewy und Lehmann hielten längere Ansprachen, in denen sie sehr scharf die Regierung und die Bürgerparteien angreiften. Sie beendeten ihre Ansprachen mit dem Ruf: "Es lebe der Klassenkampf!". Noch einmal sprach im Namen der Unabhängigen Dittmann, der sich gegen die Erteilung des Vertrauensvotums gegenüber der Regierungspolitik während des Streiks aussprach.

Darauf erklärte der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, dass diese Partei zwar die Außenpolitik der Regierung gutheiße, aber sich wegen der bayernfeindlichen Politik der Regierung von der Abstimmung enthalte. Endlich forderte der Mehrheitssozialist Müller den Beschluss des Vertrauensvotums und behauptete, dass die Krise nur herauftschworen wurde, um der Regierung Schwierigkeiten und Hindernisse vor der Konferenz in Genua zu bereiten. Eine Veranlassung zur Krise liegt nicht vor. Im Namen des Zentrums sprach der Abg. Marx, der sich für das Vertrauensvotum aussprach.

Die Abstimmung begann um 5 Uhr 20 Min. Von 431 Abgeordneten erklärten sich 239 für und 185 gegen das Vertrauensvotum; 16 Abgeordnete stimmten nicht ab. Zweifelhaft ist es, ob der Reichskanzler diese Mehrheit für genügend erachtet, um weiter am Steuer der Regierung zu verbleiben. In der Mittwochsitzung waren alle diplomatischen Logen, wie auch die Regierungs- und Preßlogen überfüllt. Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit Beifall aufgenommen.

Die deutsch-polnische Konferenz.

Zur endgültigen Festsetzung des deutsch-polnischen Vertrages über Oberschlesien trat die deutsch-polnische Konferenz unter Vorsitz des Präsidenten Galonder und unter Teilnahme der deutschen und polnischen Delegation, sowie einer Reihe von Beamten des Völkerbundes am Freitag nachmittag 4½ Uhr im Generalsekretariat des Völkerbundes zu einer ersten Sitzung zusammen.

Präsident Galonder hielt eine Begrüßungsansprache, in der er seiner Hoffnung Ausdruck gab, die weiteren Verhandlungen möchten sich in dem Geiste der Verjährung bewegen, den die beiden Delegationen bisher bewiesen haben. Er stellte fest, dass es zwischen den wahren Interessen der oberschlesischen Bevölkerung und den der beteiligten Nationen keine ernsthaften Gegensätze gäbe, und dass damit zu hoffen sei, es werde sich aus dieser Verhandlung vielleicht eine wirkliche Verständigung zwischen Deutschland und Polen ergeben. Präsident Galonder dankte beiden Delegationen für die Aufnahme die er in Oberschlesien gefunden habe.

Nach Galonders Vorschlage wurden für die weitere Arbeit der Konferenz folgender Plan angenommen: Es wird eine Redaktionsskommission eingesetzt, der von der deutschen Delegation Geheimrat Schlegelberger und von der polnischen Delegation deren Reichsbevölkerung Wolnić angehören. Als Vertreter des Präsidenten führt in dieser Kommission Herr Kackenbeck von der juristischen Abteilung des Völkerbundes, der jetzt den Leiter dieser Abteilung, Professor von Hamel, einen der Belehrer Galonders in Oberschlesien, vertreten, da dieser zu einer Eröffnungsitzung des ständigen internationalen Gerichtshofes nach dem Saar gereist ist.

Diese Redaktionsskommission wird die bisher vorliegenden Ergebnisse der Unterkommissionen, und zwar zunächst diejenigen Takte, über die ein Übereinkommen erzielt ist, unter einen homogenen französischen Takt zu bearbeiten haben. Das ist keine kleine Arbeit, da bisher nur deutsche Takte bestehen, die von den verschiedensten Bearbeitern herrühren, das Ergebnis der mannigfältigen Kompromisse sind und infolgedessen in ihrer Ausdrucksweise stark voneinander abweichen. Sobald diese Kommission den Textabschnitt verhandlungsbereit hat, tritt die Vollkonferenz wieder zusammen, um ihn zu beraten. Wahrscheinlich wird also die nächste Sitzung nicht vor Sonnabend dieser Woche stattfinden können. Die Bevollmächtigte Deutschlands, Minister a. D. Dr. Schiffer, und Polens, Minister Olszowski, erklären sich mit diesem Verhandlungsplan einverstanden und dankten in ihren Erwiderungen auf die Begrüßungsansprache Galonders, dem Präsidenten für seine bisherige vorzügliche Arbeit in der Leitung der Verhandlungen.

Die siebente, elfte und zwölftes Unterkommission haben ebenfalls mit ihren Arbeiten bereits begonnen. Es ist festzustellen, dass im Gegensatz zu den bisherigen Meldungen deutscher Vorsitzender der ersten Kommission zum Schutz der Minderheiten, Staatssekretär Lewald ist, während als polnischer Präsident dieser Kommission Staatsanwalt Wasserberger bleibt. Den Sitzungen der ersten Kommission, die sich mit dem Schutz der Minderheiten beschäftigt, wird, wie schon gemeldet, der Direktor der Minderheiten-Abteilung des Völkerbundes Sekretär Colban bewohnen. Der frühere Außenminister Simons ist deutscher Vorsitzender der zwölften Kommission, während polnischer Vorsitzender Direktor im Warschauer Justizministerium Przedziński ist. Diese beiden Kommissionen werden in der Verhandlungspause der Konferenz selbstverständlich ihre Arbeiten weiterführen.

Der polnisch-französische Handelsvertrag.

Das offizielle Warschauer Blatt "Journal de Pologne" veröffentlicht den Wortlaut des polnisch-französischen Handelsvertrages mit dem Vorbehalt, dass in letzter Stunde vor der Unterzeichnung eventuell gewisse Textänderungen vorgenommen sein könnten. Der Vertrag enthält Bestimmungen über gegenseitige Zollvergünstigungen, freien Transit, Schutz geae unlauteren Weitbemerk und über die rechtliche Stellung der Angehörigen beider Länder. Polen gewährt Frankreich eine Ermäßigung von 25 v. H. seiner Einfuhrzölle für Waren französischer Ursprungs und für eine Reihe von Kolonialwaren wie Kaffee, Tee, Kakao, Wolle, Baumwolle, Kautschuk und Seide, auch wenn sie von französischen Kaufleuten aus einem beliebig anderen Land eingeführt werden. Außerdem genießt Frankreich das Recht der Meistbegünstigung.

Für die polnische Einfuhr nach Frankreich sollen für gewisse Artikel die Mindeszollzölle gelten, während für andere Artikel die maximalen um 25 bis 60 Prozent ermäßigt werden. Was die Artikel betrifft, deren Einfuhr in beiden Ländern sonst verboten ist, so soll deren Einfuhr in bestimmten Mengen zugelassen werden. Die Parteien gewöhnen einander zollfreien Transit durch die Länder nebst verschiedenen Vergünstigungen und verpflichten sich, in keiner Form Transitzabgaben zu erheben. Der Vertrag ist zunächst auf ein Jahr abgeschlossen und verlängert sich um je drei Monate, wenn er in bestimmten Fristen nicht gekündigt wird.

Die "Rzeczpospolita" bemerkt zurückhaltend, man werde den Vertrag erst beurteilen können, wenn auch die darin vereinbarten Warentontingente bekannt sein werden.

Über den am 6. Februar 1922 zunächst auf 1 Jahr abgeschlossenen französisch-polnischen Handelsvertrag heißt es in den "Danziger Neuesten Nachrichten": Das Handelsabkommen mit Polen gibt dem französischen Kapital einen Vorprung vor jedem anderen Land, der kaum einholen ist. Polen selbst hat, bei Vieh beziehungsweise Schweine die guten und billigen deutschen Waren vom Leibe halten malz es dem französischen Handel zu liefern eine ganze Reihe von Breiten in seinen Zolltarif einlagern. Für Danzig ist diese Entwicklung keine wgg's belastlos; denn sie bedeutet einen weiteren Schritt, der die alten Fäden zwischen Danzig und dem Reich noch mehr als schon geschenken vernichtet und auch den Danziger Handel auf Frankreich hinweist. Die französischen Kolonialwaren nro. werden zum größten Teil auf dem Seeweg über Danzig nach Polen gebracht werden und französische nicht mehr deutsche Firmen dürfen es dann sein, mit denen die Danziger Firmen in Verbindung treten müssen. Ob die Einfuhrung, die nicht gerade im wohlverstandenen Interesse Polens liegt, den Interessen Danzigs förderlich sein wird, muss die Zukunft lehren.

Verschleppung der Konferenz in Genua.

Das große Rätselraten.

Über die Antwort der amerikanischen Regierung auf die Einladung der italienischen Regierung zur Konferenz von Genua verlautet immer noch nichts Bestimmtes. Dagegen bringt ein Bericht des Washingtoner Korrespondenten des Londoner „Daily Chronicle“ insofern Licht in das Dunkel, als daraus hervorgeht, dass die amerikanische Regierung aus innerpolitischen Gründen nur Stunde ihre Beteiligung an der Konferenz noch nicht erklären oder ganz ablehnen möchte und deshalb den französischen Vorschlag einer Verschiebung nicht ungern sieht. Präsident Harding möchte nämlich zuerst die sieben Verträge, die auf der Washingtoner Konferenz unterzeichnet worden sind, in den Parlamenten durchdringen, und da die Ratifikationsdebatte im Senat bereits begonnen hat, hängt die Entscheidung der Frage einer amerikanischen Beteiligung in Genua vom Ausgang dieser Ratifikationsverhandlungen ab. Aus demokratischen Taktgründen muß die amerikanische Regierung erst die Zustimmung der Volksvertreter zu ihren wichtigen und epochemachenden außenpolitischen Entschlüssen der Washingtoner Konferenz abwarten, bevor sie es wagen kann, über eine andere nicht minder epochemachende außenpolitische Frage, wie z. B. über die Konferenz von Genua zu entscheiden.

Der Verschiebungsvorschlag Poincarés scheint also die amerikanische Regierung aus einer Klemme zu retten und die heute vorliegenden Nachrichten von einer amerikanischen Unterstützung dieses Verschiebungsvorschlags bedeuten für Poincaré nicht nur einen Achtungserfolg. Die Erhöhung der Wahrscheinlichkeit einer amerikanischen Beteiligung im Falle einer Verschiebung muß vielmehr auch Lloyd George zwingen, den französischen Verschiebungswünschen nachzugeben. Wenn der „Daily Chronicle“, der bekanntlich Lloyd George sehr nahe steht und gegenwärtig das offiziöseste Londoner Blatt genannt werden kann, feststellt, daß die Verhandlungen zwischen London und Paris nicht abgerissen sind, sondern „in freundschaftlichem Tone“ weitergeführt werden, so bedeutet das, daß Lloyd George Poincaré nicht nur in einem Punkt entgegenkommen will und entgegenkommen ist, nämlich daß die interalliierte Konferenz von Sachverständigen dem Begehr von Poincaré nach einer genauen Beschreibung der Bedingungen für eine Teilnahme an der Konferenz von Genua nachkommen soll, sondern daß er auch in dem entscheidenden wichtigen Punkte der Verschiebung, um nicht zu sagen Verschiebung, nachgeben will.

Die Meldung des Londoner Berichterstatters des „Petit Parisien“, die heute morgen abgegeben wurde, wonach in englischen Kreisen eine Zustimmung zu einer Verschiebung zu erwarten sei, wird also durchaus bestätigt. Es fragt sich nur, ob die Konferenz sofort oder erst nach einiger Zeit stattfinden soll und ob in London oder Paris eine Verschiebung auch dieser Konferenz der Sachverständigen beabsichtigt ist.

Arbeitslosenfrage und Industrielkrise.

Warschau, 18. Februar. Der Ausschuss zur Prüfung der Krise im Handel und in der Industrie hat die Erklärungen der betreffenden Ministerien über die Arbeitslosigkeit und Finanzgriffnahme von Abwehrmaßnahmen angehört. Nach Ansicht des Arbeitsministeriums beträgt die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Polen 133 000. In den Arbeitsvermittlungsbüros sind kaum 24 000 Arbeitslose eingetragen. In Industrizentren wie Łódź und Warschau reicht die Zahl der Arbeitslosen bis an 87 000 heran, wovon 40% auf geerbte Arbeiter entfallen. Die Zahl der gelernten Industrie- und Bauarbeiter beträgt 42 000. Von den demobilisierten Soldaten und Rückwanderern sind ungefähr 100 000 ohne Arbeit; die Stadt Warschau zählt 20 000, Łódź 24 000 Arbeitslose. Die Vertreter des Kriegsministeriums erklärten, daß die rückständigen Zahlungen dieses Ministeriums, welche Milliarden betragen, schon fast ganz abgezahlt worden sind und gegenwärtig noch einige 100 Millionen betragen. Der Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten gab zur Kenntnis, daß von den 70 Milliarden Mark, die zur Durchführung von öffentlichen Arbeiten bestimmt waren, das Ministerium kaum 24 Milliarden erhalten hat. Zur Anangestellung der Mitarbeiter von Kohle und Eisenbahn herangezogen wird, hat der Leiter des Ministeriums für Handel und Industrie Dr. Straßburger erklärt, daß eine solche Requisition nur einmal in einem Ausnahmefall gehehen ist. Für alle anderen Requisitionen fällt die Verantwortlichkeit auf die Eisenbahnbüroden. Der Vertreter des Finanzministeriums gab zur Kenntnis, daß das Ministerium alles tut, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen. Unter anderem wurde bei der Polnischen Landesbank ein Kredit von 37½ Milliarden Mark als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erteilt. Schließlich teilte der Vertreter des Finanzministeriums mit, daß der Finanzminister Michałski auf der vorigen Sitzung der Kommission zur Prüfung der Krise im Handel und der Industrie nicht anwesend war, weil er keine Einladung erhalten hatte.

Das Geheimnis vom Brünnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

Urherrscher 1918 durch Greiner & Comp., Berlin B. 30).

(60. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt).

„Nein, nein. Was hab ich denn damals überhaupt von Liebe gewußt? Er wußt's, der mich suchte und mir immer von seiner Liebe sprach. Als ganz junger Bursche schon ist er mir nachgeschlagen. Dann wieder, als er von Amerika zurückkam und ich Witwe war. Sein Glück wäre ich, sagte er immer. Und wenn ich erst mein Erbe teil hätte, dann wollten wir uns selbstständig machen, irgendwo eine Gastronomie kaufen, und dann wollte er mich auf Händen tragen. Und ich — siehst Du, Basil, ich war ja immer allein gewesen. Nie habe ich den rechten Anschluß zu anderen Menschen finden können. Und von Liebe wußte ich erst recht nichts. Aber ich glaubte an die seine! Und dann dachte ich, es wäre doch gut, wenn man nur irgendwo hingehörte auf der Welt....“

„Aber jetzt?“

„Aber jetzt... jetzt denke ich ganz anders. Jetzt gehöre ich ja ordentlich zum Brünnerhof und habe meine Arbeit hier. Jetzt fühle ich mich nicht mehr verlassen wie früher.“

„Das sollst Du auch nie mehr!“ sagte Basil tiefaufatmend, und der warme Schein in seinen Augen, der sie früher immer beschäftigte, zuckte wieder darin auf. „So Gott will, werden auch für uns wieder frohere Tage kommen, wo wir an eigenes Glück denken dürfen. Bis dahin, Toni, habe Geduld und... schicke mich nicht fort aus Deiner Nähe. Lasst uns als gute Kameraden hier unsere Pflicht weiter tun, solange es nötig ist.“

„Du gehst also nicht nach Losendorf zurück?“

„Nein. Wenigstens nicht für immer. Dort können sie mich entbehren, aber hier ist ein Herr nötig, der das Eigentum der unschuldig Verurteilten zusammenhält. Dir als Frau würden die Leute doch nicht auf die Dauer gehorchen.“

Bestimmungen über den Transitverkehr durch Polen.

Das Ministerium für Industrie und Handel hat im Einverständnis mit den interessierten Ministerien festgesetzt, daß der Transitverkehr von Waren ohne Genehmigung des Ein- und Ausfuhrzimmers in folgenden Fällen frei ist: 1. Durch den Danziger Kordon oder ohne Rücksicht auf das Urheberland und das Land der Bestimmung. 2. Aus Rumänien nach der Tschechoslowakei und umgekehrt durch die polnischen Schnellstraßen einerseits und Owięcim, Szczecin, Zgorzelec und Zielona Góra andererseits. 3. durch Danzig nach Rumänien und der Tschechoslowakei und zurück ohne Rücksicht auf das Herkunftsland der Waren. 4. aus allen Ländern, die an Polengrenzen, ohne Rücksicht auf das Herkunftsland der Waren nach Deutschland und 5. aus Russland Weißrussland und der Ukraine in allen Richtungen. — Genehmigungen werden verlangt beim Transit nach Russland und zwar mit Rücksicht auf den Mangel eines Eisenbahnabkommen und die daraus hervorgerufenen technischen Schwierigkeiten, ferner aus Deutschland infolge Mangel eines Handelsabkommen. Der Transit nach dem mittleren Litauen und von dort ist als Ein- und Ausfuhr nach Polen anzusehen. Der Transit nach dem königlichen Litauen und aus diesem Lande kann nicht durchgeführt werden. Die Förderung der Eisenbahnbrücken macht die Transithandlung von und nach Lettland unmöglich.

Das Memelland.

Der „Dziennik Poznański“ vom 16. Februar bringt folgende Meldung aus Riga: Der Hohe Kommissar der Verbündeten in Memel Petrus, ein Franzose, welter im Januar dienstlich in Paris. Nach seiner Rückkehr machte er gemäß Aussagen, aus denen man schließen konnte, daß in Paris eine Entscheidung gefallen sei, nach dem Memel an Kovno-Litauen fallen sollte. Erklärungen politischer Kreise besagen, daß diese Nachricht in dieser Form jeder Grundlage entbehrt. Tatsache jedoch bleibt, daß in der letzten Botschafterkonferenz auf der auch die Angelegenheit Memels berichtet wurde, die Absicht offenbar wurde, diese Frage im angeblichen Augenblick in der angegebenen Weise zu erledigen. Die polnische Regierung sieht, wie bekannt, auf dem Standpunkt, daß der gegenwärtige vorläufige Zustand in Memel aufrechterhalten werden müsse, in keinem Falle jedoch durch Memel Kovno-Litauen zugerechnet werden. Die Verbindung hiermit ist zu sagen, daß in Memel ein Verband der deutschen Bevölkerung. Arbeitsgemeinschaft gegründet wurde. Ziel des Verbandes ist, aus Memel eine selbständige politische und wirtschaftliche Einheit zu machen. Kovno-Litauen mit Unruhe auf diese Bestrebungen, kann aber nicht offen gegen die deutsche Organisation vorgehen und bekräftigt sich im Augenblick auf die Bekämpfung der Arbeitsgemeinschaft im Stile, indem es unter anderem Gerüchte verbreitet, daß die genannte Gemeinschaft keine deutsche, sondern eine französisch-polnische Gründung sei.

Die kroatischen Selbständigkeitsgläubige.

Frankfurt a. M., 13. Februar. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Belgrad: Während innerhalb der demokratischen Partei die Stirnrunz vorherrscht, das Verhalten des kroatischen Teiles als Hochverrat zu qualifizieren und dementsprechend gegen die Unterzeichner des Memorandum gerichtlich einzuschreiten, ist man in radikalen Kreisen geneigt den ganzen Vorfall als zwar bedauerlich, aber keineswegs derart wichtig aufzufassen, daß ein besonderes Einschreiten gegen die kroatischen Abgeordneten notwendig wäre. Man vertritt vielmehr den Standpunkt, daß die kroatischen Politiker der Welt einen Beweis ihrer politischen Unerfahrenheit und nicht minder geistigen Beschränktheit gegeben haben.

Verschärfung der Lage in Irland.

London, 15. Februar. Die Lage in Irland hat sich so verschärft, daß die englische Regierung alle anderen Angelegenheiten erst in zweiter Linie behandelt. Es besteht die Bedrohung eines Krieges zwischen Ulster und Südburkland, wie auch die Gefahr eines Staatsumsturzes der Anhänger De Valera auf die gegenwärtige Regierung, und die Ausrufung einer neuen irischen Republik. Im Unterhaus erklärte Lord Churchill, daß die englische Regierung wegen der unsicheren Verhältnisse die englischen Truppen aus Südirland noch nicht zurückziehen könne, da es der vorläufigen Regierung noch nicht gelang, die republikanischen Truppen für sich zu gewinnen. Der Chef der Regierung Nordirlands Collins sagte in einer Unterredung mit den Pressevertretern, daß Dunn die Einflüsse De Valeras Ursache des Unverständnisses sind. Die Südirische Regierung ist entschlossen, um jeden Preis den Vertrag mit der englischen Regierung durchzuführen. Aus Belfast wird berichtet, daß während der dortigen Unruhen 18 Personen getötet und 50 verwundet wurden.

Toni war im Innern selig. Er blieb — und sie fühlte es genau: er blieb nicht nur aus Pflichtgefühl, sondern auch um ihretwillen!

Am selben Abend brachte Stina, die im Markt eine Freunden besucht hatte, allerlei Neuigkeiten mit.

In der „Sonne“ soll es einen großen Skandal geben haben. Die hübsche Rosa war eines Verweisens wegen leid gegen Frau Kreibig gewesen und hatte dafür von ihr die Kündigung erhalten. Da legte sich Valentin ins Mittel, erklärte Rosa werde bleiben, weil er es wolle, er sei der Herr usw. Bei der nun folgenden Szene zwischen den drei Personen kam es heraus, daß Rosa gewisse Rechte hatte, auf die Hilfe des Herrn Geschäftleiters zu rechnen, und dies schlug dem Jäger den Boden aus.

Frau Kreibig bestand nun entrüstet darauf, daß Rosa sofort ihr Bündel schnüre, und soll auch dem Bruder die Tür gewiesen haben.

Das Ende vom Lied war, daß die Kellnerin zwar die „Sonne“ knall und Fall verlassen musste, der Geschäftsleiter aber blieb, Frau Bertha mit verweintem Gesicht herumhüpfen und vorläufig ihre Gäste selbst bedienen musste.

Im Oste sprach man von nichts anderem. Frau Kreibig wurde allgemein bedauert, und nur eine kleine Partei behauptete, Herr Foregger habe schließlich recht gehabt, einmal energisch aufzutreten, denn eigentlich verdanke die „Sonne“ ihm ihren Aufschwung.

Toni hörte die Neuigkeit schweigend an. Sie wagte nicht Basil dabei anzublicken. Ihr Stolz litt grausam bei dem Gedanken, daß sie einen Menschen wie Foregger beinahe zum Gatten genommen hätte.

Beim Abendessen fehlte Marei. Basil suchte sie im ganzen Hause vergeblich und erfuhr schließlich von Stina, daß sie gleich nach Tisch fortgegangen war — wie übrigens immer in den letzten Tagen.

Da kam es ihm zum Bewußtsein, worauf er bisher immer mit anderen Dingen beschäftigt kaum geachtet hatte, daß Marei in der letzten Zeit eine andere geworden war. Sie, die

Die Deutschen in Süßlawien.

Wien 14. Februar. Nachdem am 26. Januar die den Deutschen in Süßlawien durch den Vertrag von Trianon gestellte Obligationen abgelaufen waren, trat am 29. Januar die Deutsche Partei Süßlawiens mit einem Aufruf zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Die Partei steht wie es in dem von einem vorbereiteten Vollzugsauschluß von sechs führenden deutschen Männern unterzeichneten Aufruf heißt „auf den Boden unabdingbarer Treue zur Dynastie und dem durch sie begründeten Reiche, zu dessen innerem und äußerem Aufstieg die deutsche Bevölkerung nach ihren besten Kräften beizutragen entschlossen ist.“ Opionsrecht sei Opionsrecht und es sei keinen Augenblick zweifelhaft gewesen, daß der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung treu zur heimatlichen Schule halten würde. Jetzt nach Ablauf dieser Frist und nachdem damit der einige Vorwand zur Begründung der politischen und bürgerlichen Entwicklung der deutschen Bevölkerung hinfällig geworden sei, beanbrachte auch sie die ungeheure Einschaltung in alle Rechte, insbesondere die bedingungslose Zuverlässigkeit des aktiven und passiven Wahlrechts für die Nationalversammlung und die Gemeindewahlrechte wie überhaupt die ungehemmte politische Bewegungsfreiheit und das bisher vorerhaltene Koalitions- und Verbundungsrecht. Man erwähne sich gegen die Abschaffung der grundbedürftigen deutschen Bevölkerung von der Agitation oder Sequestration und Staatsaufsicht gewaltsame Verdröhung der deutschen Sprache kurz jegliche Einschränkung kultureller und wirtschaftlicher Bewegung.

Politische Tagesneuigkeiten.

Jugoslawien revidiert den Beriauer Vertrag. Am Geiste des abgelehnten Handelsvertrages mit Deutschland beschloß die Regierung, in den Beziehungen mit der deutschen Republik Artikel 18 des Beriauer Vertrages, betreffend das Handelsrecht gegen das deutsche Eigentum im Ausland, außer Kraft zu setzen. Hierdurch wird das größte Hindernis für die freie Entwicklung der gegenseitigen Handel befreit.

Sekretär in Paris. Die bessigen Ausgaben der englischen und amerikanischen Blätter müssen seit Freitag infolge eines Streites der Sezession einstellen. Das technische Personal verlangt eine Lohnhöhung von 49 Franken wöchentlich, die von den Verlegern bisher abgelehnt wurden.

Internationaler Rechtskongress in Buenos-Aires. Die deutsche Vereinigung für internationales Recht macht bekannt, daß der nächste internationale Rechtskongress im August in Buenos-Aires stattfindet. Auf dem Programm der Konferenz finden sich Fragen des Völkerbundes, der internationalen Gerichtsbarkeit, des Seerechtes, des Versicherungsrechtes, der Haftung für Aufbruchshäden usw. Als deutsche Referenten werden die beiden Vorstandsmitglieder Reichsminister A. D. Walter Simons und Professor Dr. Alfred Mannes benannt.

Der Jay-Vertrag abgeschlossen. Der Staatssekretär Hughes und der japanische Delegierte Saito haben am Sonnabend die Konvention über die Insel Japan abgeschlossen.

Deutsches Reich.

** Theaterbelebtheit im preußischen Landtag. Im Hauptausschuß des preußischen Landtages bemängelte der Zentrumsabgeordnete Dr. Höh, der bei der Beratung des Kulturausbautes Bericht über das Theaterwesen erstattete, daß Berlin nichts für die Staatsoper leistet, während z. B. Kassel ¾ Millionen, München 2 Millionen aufwenden und Hannover das Staatstheater ganz übernommen habe. Er forderte einen Fonds von 3 Millionen für die Pflege des Theaters in den Grenzbezirken. Kultusminister Böhl stellte auf Anfrage die Entscheidung über den Schillerpreis in baldige Aussicht. An der Geburtstagsfeier für Gerhart Hauptmann werde man sich durch Theateraufführungen beteiligen. Intendant Jekner vom Stadt-Schauspielhaus legte die finanziellen Schwierigkeiten dar. Das Schauspielhaus müsse monatlich 1 Million Einnahmen erzielen, die Oper 2 Millionen. Indessen sollten die Preise der billigen Plätze nicht erhöht werden. Der Intendant des Opernhauses von Schillings äußerte, die Kinderkrankeiten der Revolution seien an der Staatsoper glücklich überwunden. An einer Auferstehung des Intendanten, die Berliner Pressekritik erschwere, die Heranziehung tüchtiger Kräfte, wird sich vielleicht eine öffentliche Erörterung knüpfen.

Freistaat Danzig.

* Baltische und Weißrussische- und Schiffahrtsgesellschaft m. b. H. Danzig. Zum Berthe von Handelsgefechten und Schiffsahrt auf der Oder und im Weissen Meer sowie Erwerb und Verkauf von Schiffen aller Art wurde die vorgenannte Gesellschaft mit einem Stammkapital von 50 000 M. gegründet. Bei Gesellschaftsmitgliedern sind bestellt: Direktor Alfred Jekner und Kaufmann Ernst Sieg aus Danzig.

* Ein estnischer Konsul in Danzig. Außenminister Stirmann hat im Einvernehmen mit dem Danziger Senat dem Baudirektor und Rittergutsbesitzer Witold von Kukowski als Konsul der Republik Estland in Danzig das Exequatur erteilt.

sonst nie unter Menschen wollte und sich nur wohl fühlte dasheim neben den Kindern, die kaum jemand in Kaltreut kannte und den Mühlgang früher hatte, verschwand jetzt oft ihr halbe Tage vom Brünnerhof. Arbeit und Kinder anderen überlassend.

Dabei hatten ihre Augen einen unruhigen Glanz, und sie konnte, wenn sie daheim war oft stundenlang vor sich hin grübeln, taub und blind für ihre Umgebung.

„Wir müssen ein Auge auf Marei haben,“ sagte Basti bekümmert zu Toni, als sie nach dem Abendessen wieder allein waren. „Es scheint, daß ihre Krankheit doch noch nicht vorüber ist. Fällt Dir ihr sonderbares Wesen nicht auch auf?“

„Schon lange! Ich fürchte ihr Verstand wurde getrübt, seit sie damals, als der Gerichtshof mit den Angeklagten hier war, Fercher wiederholte. Stina hat mir erzählt, daß sie sich damals im Garten an ihn herandrängte und mit ihm sprach. Stina sah es vom Fenster aus.“

„Armes Ding! Darum lief sie nachher wohl auch wie von Sinnen in den Gewittersturm hinaus und fiel mit wie ein lohes Blatt in die Arme, als ich gerade fort wollte, um nach ihr zu suchen. Aber wo treibt sie sich denn nur herum? Sie hat ja, so viel ich weiß, kaum Bekannte im Markt drin?“

„Nein. Sie streicht auch nur planlos dort herum. Unsere Leute machen mich schon mehrmals darauf aufmerksam, daß sie ihr da und dort begegnet seien, wie sie bald in einem Winkel steht und die Vorübergehenden mustert, bald an die Häuser schleicht und den Leuten in die Fenster guckt, ganz, als wäre es in ihrem Kopf nicht richtig.“

„Hast Du denn mit ihr noch nie darüber gesprochen?“

„Doch. Gestern erst wieder. Aber sie sah mich nur bittend an und sagte: „Läß mich — ich kann jetzt nicht still sitzen daheim, es brächte mich um. Ich muß...“ Dann schwieg sie, und es war nichts weiter aus ihr herauszuhören. So lange wie heute ist sie eigentlich noch nie ausgebüllt.“

Borchersburg folgt.

Die Hege der Warschauer Presse.

Der Warschauer Korrespondent der "Posseischen Zeitung" kommt in einem Artikel auf die auffallend bestige polnische Pressekampagne gegen Deutschland zu sprechen. Diese Pressekampagne sei um so unverständlich, als sie eignet sei, die bevorstehenden Generalverhandlungen zwischen den polnischen und deutschen Delegierten zu erschweren.

Der Korrespondent findet keinen Anhaltspunkt dafür, daß hinter diesen Pressekampagnen die polnische Regierung steckt. Zum Gegenteil. Was man in jüngster Zeit aus dem Munde verantwortlicher polnischer Staatsmänner zu hören bekommen habe, sei auf einen ganz anderen Ton gestellt. So fragt sich denn der Korrespondent mit Recht, was die Presse dazu veranlaßt haben könnte, in auffallender Übereinstimmung von einem unmittelbar bevorstehenden militärischen Überfall Deutschlands auf Polen zu sprechen. Selbst ernste und vorstichtige Blätter entblödeten sich nicht, in diesem Spiel sich mit der Warschauer Presse zu vereinigen.

Eine Leseklasse aus dem "Kurjer Warszawski" wird gebeten: "Will Deutschland den Verfaßter Frieden vernichten, so wird es die erste Freude auf den schwächsten Punkt legen. In seiner Ost- und Südgrenze erkennt sich Deutschland auch heute nicht als bestigt und hat auf eine bewegte Revanche nicht verzichtet." Für die "Gazeta Poranna" muß der bedauerliche Vorfall in Gleiwitz herhalten, um als die erste Etappe in diesem Plane hingestellt zu werden. Frankreich soll an der Weisheit geschlagen werden. "Reges apoposita" prägt den Satz: "Gleiwitz soll im Jahre 1922 dieselbe Rolle spielen, wie Serakow im Jahre 1914."

Da die polnische Regierung diesem unverantwortlichen Treiben der Presse bestimmt fernsteht, kommt der Korrespondent zu dem Schluß, daß sich hier vielleicht äußere Einflüsse geltend machen. Vielleicht, daß durch diesen veräusserlichen Hinweis auf die angeblich aktuelle deutsche Revanche gezeigt wird, welche westeuropäischen Stimmen gegen die polnische Lösung der Wilnaer und Litauischen Frage niedergehalten werden sollen.edenfalls aber sei die Kampagne ganz dazu angetan, Polen selbst nicht zur Ruhe kommen und das polnische Wirtschaftsleben nicht zur Gesundung gelangen zu lassen. Der Erfolg könnte ganz aussehen, als wie ihn die polnische Presse sich gedacht habe.

Aus der polnischen Presse.

Gegen Finanzminister Michałski wird jetzt in gewissen politischen Gruppen ein schärfster Kampf geführt, dessen Endzweck offenbar der Sturz Michałskis ist. Darüber schreibt der "Dziennik Poznański" in dem Beilagen seiner Nr. 38: "Nach den letzten Meldungen zu urteilen, hat gegenwärtig der Kampf gegen Dr. Michałski unter dem Eindruck der Berurteilung, die ihm in den parteipolitisch nicht infizierten Kreisen zuteil wurde, etwas nachgelassen. Das Sinken des Kurses der polnischen Mark läßt drohend erkennen, welche Gefahr für unsere Finanzen der Sturz des ersten Ministers bedeuten würde, dem es gelang, die Inflation aufzuhalten, ohne an ihre Stelle den Mangel an Umlaufwerten treten zu lassen, dem es gelang, die Einnahmen des Staates zu vergroßern, die Ausgaben zu verringern, die industrielle Krise zu mildern, die Danina zu drosseln, — und alles dieses geäußert dem Widerstand der Partei, die Unlust des Sejm und den Federfelzug der linken und der rechten Presse gegen die „unparlamentarische“ Regierung". Man kann Dr. Michałski vorwerfen, daß er nicht mehr geleistet hat, man kann sich auf die Befürchtung versteifen, daß ein anderer weit Größeres geleistet hätte, man kann aber das, was schon getan worden ist, nicht weglassen und man kann, muß sagen, Dr. Michałski hätte nichts von dem, was er ankündigte, getan. Man könnte seinem größeren Fehl begreifen als den, daß man einen Mann von seinem Posten entfernte, der als erster willkürliche und ergebnisreiche Arbeit leistete, und indem man an seine Stelle einen andern stellte der noch durch keinerlei Taten seine innere Anwartschaft auf diesen Posten erwiesen hat. Dr. Michałski wurde mit allgemeinem Vertrauen begrüßt. Dieses Vertrauen empfing er auf Kredit. Gegenwärtig hat er dieses Vertrauen durch Taten gerechtfertigt, die eine allmähliche und wachsende Gewinnung unserer Finanzen befehlten und keinerlei Argumente gegen sich machten. Der gegenwärtige Feldezug gegen ihn ist nicht wirtschaftlicher Natur, sondern ist ein parteipolitisches Unternehmen und richtet sich nicht nur gegen Dr. Michałski sondern zugleich gegen das ganze Kabinett, auf dessen Sturz die Parteien hinarbeiten."

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 16. Februar.

Die Bevölkerung Posen und Pommerens.

Nach polnischen Zusammenstellungen zählt die Woiwodschaft Posen 1 619 000 Polen und 351 000 Deutsche bzw. 82½ v. h. Polen und 17½ v. h. Deutsche. Im Jahre 1914 betrug der deutschstämmige Bevölkerungsanteil der Provinz fast ½ der Gesamtbevölkerung. Die Stadt Posen hatte im Jahre 1910 42 v. h. jetzt hat sie 6½ v. h. deutsche Bewohner.

Pommerellen zählen gegenwärtig 745 000 Polen und 196 000 Deutsche, also 79 v. h. Polen und 21 v. h. Deutsche. Die Stadt Thorn welche im Jahre 1910 etwa 66 v. h. Deutsche aufwies, zählt heute 14½ v. h. Einwohner deutscher Nationalität. Graudenz, das 1910 84 v. h. Deutsche verzeichnete, zählt heute 28 v. h. deutsche Einwohner.

Spende für die Wolgadeutschen.

Eine vom Lehrer und vom Schulzen des Ortes Janówko unter den Deutschen der vier Gemeinden in der Südostseite des Kreises Gnesen eingeleitete Sammlung zum Besten der im Lager Strzelno untergebrachten Wolgadeutschen hatte einen recht erfreulichen Erfolg. An Lebensmitteln Kleidungsstücke, Gebrauchsgegenständen und anderen Sachen ist in dankenswerter Weise so viel geopfert worden, daß ein eigener Wagen in den nächsten Tagen abgeschickt werden kann.

Gegen das Tabaksmopol. Eine Posener Abordnung wurde am Mittwoch in Warschau von dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister und dem Vizeminister Siedlowski sowie dem Sejumarschall Trampczynski empfangen. Die Mitglieder der Abordnung konferierten auch mit Vertretern der Sejmfraktion. In politischen Kreisen glaubt man, daß es der Posener Abordnung gelang, die Anzahl über das Tabaksmopol in Warschau zu beeinflussen und die maßgebenden Kreise von der Richtigkeit des gegen das Monopol erhobenen Bedenken zu überzeugen. Die Abordnung sieht sich aus dem Vizestadtpräsidenten Dr. Kiedrz und dem Stadtverordneten Ziemiński und Grzegorczyk zusammen.

Wagners "Fiegender Holländer" wird am Sonnabend dieser Woche im Großen Theater unter Herrn Direktor Doliżnicki's Leitung zum ersten Mal aufgeführt (nicht am Freitag, wie zuerst angekündigt wurde).

Hans Sachs-Abend. Am Sonnabend, dem 25., abends 8 Uhr findet eine zweite Aufführung des mit großem Beifall aufgenommenen Hans Sachs-Abends durch die Spielgemeinde Marlowksi statt. An Stelle zweier bereits gespielter Fastnachtsspiele werden zwei neue Schwänke zur Aufführung gelangen. Eintrittskarten zum Preise von 300, 200 und 100 M. sind in der Evang. Vereinsbuchhandlung zu haben.

Musikalischer Vortragsabend. Eduard Mörike, der erste Kapellmeister am Deutschen Opernhaus in Berlin, wird auf Veranlassung des Deutschenbundes am Montag, dem 27., abends 8 Uhr, einen Vortragsabend mit Gesangsinszenierungen halten, und zwar mit Rücksicht auf die gegenwärtige Faschingszeit über das Thema: "Der Humor im deutschen Kunst-

lied". Die Gesangsinszenierungen wird Frau Ida Mörike-Bäcker (ehemals sächsische Opernsängerin) ausführen. Mörike ist weit über die Grenzen Deutschlands durch seine ausgezeichneten Aufführungen und die feine Art seiner musikalischen Analysen bekannt. In Koblenz hielt er im vergangenen Jahre einen begeistert aufgenommenen Vortrag in Anwesenheit der Königin; in Berlin sind seine Vorträge seit langem allgemein geschätzt. Eintrittskarten zum Preise von 300, 200 und 100 M. sind im Vorverlauf in der Evang. Vereinsbuchhandlung zu haben.

Volksfürsinnlich-wissenschaftliche Vorträge. Herr Generalsuperintendent D. Blau wird am Freitag, dem 17. d. M., um 11 Uhr seine Vorlesung über die "Christusfrage" wieder aufzuführen und zunächst mit dem Thema beginnen "Mythus oder Geschichte?"

Das Ende einer Tragödie. Im Stadtfrankenhause ist der Major Engel vom 15. Januar-Negligé, der, wie wir s. berichteten, im Paradies auf einem Offiziersball in der Nacht zum 20. Januar von dem Studenten Krejciec durch mehrere Revolverstöße, darunter durch einen Schuß, schwer verletzt worden war am Montag seinen Verlebungen erlegen. Die Beisetzung fand heute mittags statt.

Wolgadeutsche-Hilfe. Der Landesverband für Innere Mission schreibt uns: Wir erhalten zahlreiche Anträge, in denen sich hilfsbereite Menschen gütig bereit erklären, einzelne Wolgadeutsche, insbesondere die Kinder, bei sich zu nehmen und zu verbergen. Demgegenüber muß erinnert werden, daß es sich um Internierte handelt, die sich ihren Aufenthaltsort nicht frei wählen können. Es sind russische Staatsangehörige deutscher Abstammung, die als Ausländer und wegen des Seuchengefährls im Laufe ihres Untergetragen sind, wo sie verbleiben müssen bis ihre Weiterfahrt nach Deutschland oder Amerika möglich ist. Dahin gehen nämlich auch die Wünsche der Wolgadeutschen und nicht auf ein Verbleiben in Polen. Die Mehrzahl der Kinder befindet sich im Hospital und ist typus inservit. Nur ganz ein paar freie gesunde Kinder unter 14 Jahren, die Wohnungsinhaber sind, dienten wir zunächst im Diakonissenhaus unterzubringen, von wo aus sie nach einer weiteren Quarantäne in Zillen oder in Waisenhäusern untergebracht werden. Auch von den Waisenkindern trennen sich die Abverwandten sehr schwer, so daß es sehr schwer ist, für die Kinder entsprechend zu sorgen.

Beim Tuinen tödlich verunglückt ist in der vergangenen Woche im Marcinkowski-Gymnasium der 19-jährige Primaner Januszki aus Wilna. Bei den Gerätelübungen kam er zu Fall und zog sich so schwere Verlebungen zu, daß er wenige Minuten später starb. Er wurde am Sonntag bestattet. Der Sohn aus dem Leben gerissene stand unmittelbar vor der Meißnerprüfung.

Das Bestinden des Altwarenhändlers Salomon Bank hat sich inzwischen insoweit gebessert, als er zuweile seine Bestellung wiedererlangt hat; er war bisher jedoch noch nicht vernehmungsfähig.

Beschlagnahmte Diebesbeute. Auf dem 1. Polizeikommissariat in der Weißstraße Garbarska 8 (irr. Große Gerberstr.), befinden sich drei zweifellos aus Diebstählen herrührende Handwagen, und zwar eine zweitürige und 1 kleiner Handwagen, ferner im Gebäude der Kriminalpolizei ein Federwagen. Außerdem befindet sich im denselben Polizeikommissariat zwei Paar ebenfalls aus einem Diebstahl herührende Arbeitspferdegeschirre. Im 3. Polizeikommissariat in der ul. Przemysłowa 40 (irr. Margaretenstr.) zwei Hellschmieden, die ebenfalls Dieben abgenommen worden sind. Die Sachen können in den befreitenden Polizeikommissariaten beschlagnahmt werden.

Einbruchdiebstahl. Aus einem Laden in Góra Wilda 31 (irr. Kronprinzenstr.) wurden durch Einbruch 17 Paar schwarze Schuhe verschiedener Arten, 5 Paar schwarze Damenschuhe 30 m Seidenband und ein Marling-Damenmantel im Gesamtwerte von 250 000 M. geschnitten.

* Konitz, 15. Februar. Am Donnerstag ist hier der Dekan und Pfarrer, sowie geistliche Rat Leo Boenig im Alter von 76 Jahren gestorben. Der Geimegangene ist am 11. Juni 1870 zum Priester geweiht worden. Im Jahre 1887 erhielt er die Pfarrvikarie Konitz. Noch im letzten Jahre konnte er sein 50jähriges Priesterjubiläum begehen. Die Pfarrvikarie Konitz vermaakte er 35 Jahre. Eine Reihe von Jahren war er Dekan des Dekanats Schlochau.

8. Quittung.

Für die Wolgadeutsche-Hilfe gingen ferner bei uns ein:

Unbenannt 1000 M.

Sammlung in der Gemeinde Słowno: Winter

500 M. Otto Lengert 50 M. Weidner 100 M.

Gessler 200 M. Lange 1000 M. Fenger 100 M.

Gustav Fenger 110 M. Siechbart 200 M.

Scheibe 200 M. Fr. Klaas 500 M. Krentel

100 M. Lehmann 100 M. Föhrer 500 M.

Grieser 200 M. Kutzer 100 M. N. N.

1000 M. zusammen 4950

Außerdem: Schaldenberg 1 Seite Speck Seifert

1 Brot und 2 Pfd. Speck Lengert 12 Pfd. Brot.

Frau G. Posen 1000

(dazu 1 Paar Fußbekleidung).

Taufe Hans Joachim 11320

O. St. Posen 5000

Deutscher Spar- u. Darlehnsfassen-Verein Spółka

zapisana z nieograniczoną odpowiedzialnością, Staré Demianczevo p. Mosina 1000

H. P. Kujawo, pow. Obrzki 2000

Bon. Damen des Johannishauses 4365

H. P. Posen 3000

33 635 M.

Beitrag der 1.-7. Quittung 452 629

Zusammen 466 264 M.

Blätter vom Tage.

§ Reichstagsabgeordneter Conrad Hauffmann ist in Stuttgart infolge einer vor mehreren Wochen eingetretener Grippe erkrankt und ein Lungentuberkulose erkrankt. Er wurde am 8. Februar 1857 in Stuttgart geboren, studierte in Zürich, München, Berlin und Tübingen Rechts- und Staatswissenschaften und ließ sich nach Beendigung des Vorberichts 1858 als Advokat in Stuttgart nieder. Schon nach kurzer Zeit, 1866, wurde Hauffmann in den württembergischen Landtag gewählt und ein Jahr darauf als Vertreter von Stuttgart im Reichstag entsandt. Bei den Parlamenten hat er seither ununterbrochen angehört und in ihnen eine ständige Bedeutung zunehmende Stellung eingenommen. Im Mai 1920 konnte Conrad Hauffmann das Jubiläum seiner 25-jährigen Zugehörigkeit zum Reichstag feiern. Groß Verdienste hat sich Hauffmann um das Bestand kommen des Bürgerlichen Gesetzbuches und später um die Verabsiedlung der neuen Reichsverfassung erworben. In den letzten Jahren wurde er sich der auswärtigen Politik zu über die er häufig als demokratischer Redner im Reichstage sprach. Kurze Zeit, unter der Regierung des Prinzen Max, war Conrad Hauffmann Staatssekretär ohne Portefeuille; die Revolution machte dem ein Ende. Auch schöngeistig schrieb er sich heraus. Nachdem er erfolgreich chinesische Lyrik ins Deutsche übersetzt hatte, gab er ein Buch: "Alte Lieder aus dem Morgenlande" heraus, in dem er Lieder des Aegypten, Babylonier, Griechen, Perier, Chinesen, aber und ander frei übersetzte. Die beiden Zwillingssöhne Conrad und Friedrich Hauffmann, die lange Jahre gleichzeitig parlamentarisch tätig waren, nahmen sich zum Vermehrung ähnlich. Der eine hieß Hauffmann-Waltingen, der andere Hauffmann-Wölblingen. Das war aber auch der einzige Unterschied. Im Parlament und im privaten Leben führte ihre Neigunglichkeit häufig zu Verwechslungen, über die noch heute im Reichstage allerlei Anstrengungen um aufzulösen.

§ Eine Delfabrik eingefärbt. Am letzten Nachmittag wurde die Delffabrik von Hammelholz bei Magdeburg samt den ausgedehnten Anlagen durch ein großes Feuer vollkommen eingefärbt. Der Millionenschaden ist durch Versicherung gedeckt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

	16. Februar	15. Februar
Bank Dwójka I.-IX. Em.	—	220 +
Bank Handl. Poznań I.-VIII. Em.	360 +	250 +
Spolecki, Potocki i Ska. I.-VI. Em.	255 + A	240 + A
Pozn. Van. Ziemiań IV. Em.	—	175 + A
R. Barciński	170 + N	205 +
H. Cegielski I.-VII. Em.	195 + A	140 +
Centrala Stor.	—	300 + A
Hurtownia Bielska	140 + N	160 +
Hurtownia Drogerijna	—	140 + A
Huban	1200 + N	1200 + N
Dr. Roman May	—	560 + A
Pozn. Spółka Drzewna I.-IV.	380 + N	375 + N
V.	—	700 + A
Arcona	—	290 +
Wisia	1000 + A	100 + A
Wagon Ostrowo	140 + N	145 + A
Hartwig Kantorowicz	540 +	540 + A
E. Hartwig I.-IV. Em.	—	300 + A
Orient	220 + N	220 + N
Zar	700 + N	700 + N

Auszahlung Berlin 18225 +.

Snosszielle Kurse:

Bank Poznański	—	125 +
Bank Przemysłowa	250-245 +	260-255 + A
Jri	110 +</	

Die Vier Teufel

Eine selten schöne
noch nie gezeigte
Sitzung - Kinotafel.

Siehe j. m. Kündel, 18 J.
alt, aus gutem Hause, m. ab-
geschl. Preis 100. n. Ausst
eine passende Herrenbes. zw
späterer Heirat.
Befragt deutsch-evangelisch.
Landwirt oder Geistliche. Off.
jw. näh. Auspr. wenn mögl.
mit Bild, anonym zwed ob.
n. F. M. 5356 a. d. Ge-
schäftsst. d. Bl. erbeten.

Wegenerische Unterredungsanstalten.

Am 1. 3. beginnt viermonat. Vorlesung zum leichten
Hilfslehr. **Aurusus**; dessen Ende 30. 6. 1923
Am 1. 9. beginnt 3-jährige **Vollsturz am neuen**
Seminar. Herausgebung der Schriftzeuge des
Seminars oder einer Mittelschule, oder Beweis
gleichwertiger Bildung bei der Amtserneuerung.
Am 1. 9. beginnt ein **Seminar-Vorlesung für tüchtige**
Volkschülerinnen (einjährig oder zweijährig
je nach der Vorbildung).

4. B. 143/21.

W Imieniu Rzeczypospolitej Polskiej.

W sprawie z oskarżenia prywatnego krawcowego
Emilii Heidrich z Klecka, powiat Gniezno,
oskarżycie parytnej, przeciwko handlarzowi
Heinrichowi Jalowitzowi z Klecka, powiat
Gniezno, oskarżonemu o obrze celi, Sąd Pokoju
w Gnieźnie na posiedzeniu w dniu 17. grudnia 1921 r.
odbytem przy udziale:

Przewodniczącego: sędziego pokoju Nowaka,
Lawników: Rożakowskiego i Mullera,
Sekretarza: Feliusa jako protokulantą,
orzekł:

Oskarżony Heinrich Jalowitz winien jest
występuku z §§ 185, 186 i 200 k. k. i zasądza się
go na 6 00 marek grzywny ewtl. za każde
100 marek jeden dzień aresztu.

Oskarżyciel przystępuje prawo na koszt
oskarżonego opublikowanie wyroku w jednej
polskiej i jeden raz w niemieckiej gazecie.

Koszty postępowania ponosi oskarżony,
podp. Nowak. podp. Felius.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, dem 25. Februar, nachm. 5½ Uhr
findet im "Cafe Brühler" die

außerordentliche Generalversammlung
der Bezugsgenoss. i. Brennmaterial, e. G. m. b. H. statt.
Tagesordnung: Erhöhung der Sitzsumme. Wahl
eines Aufsichtsratsmitglied für Herrn Stolzenberg.
Der Vorstand. Blasius. Schlaft.

Tarnowick, Oberschlesien. Grundstück,

beie Lage, mit großem hellen Laden, mehreren
großen modernen Schauküchen und mit mehreren
Wohnungen neu gebaut. **sofort preiswert**
zu verkaufen. Besonders geeignet für Bank-
geschäfte. Angebote unter
B. M. 4221 an Rudolf Mosse, Breslau.

Ca. 10 Morgen, evtl. mehr, gute
Torfwiese zur Ausbeutung zu verkaufen.
Günstige Lage zur Bahn. Angebote an
F. Kuhnt, Nowy Dwór, poczta Zbąszyń. 5358

9 Stück 2½-3 jährige ungejochte ostfriesische
Zugochsen,

7-9 Zentner schwer, hat abzugeben
Wirtschaftsamt Laski, Kreis Leyno, Bahnstation
Laski.

Wohnungstausch fort.

3 schöne Zimmer Küche und Nebengelaß gegen eine 4-5-
Zimmer-Wohnung. Angebote unter 5374 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes erbeten.

Einen rießigen Erfolg
erzielt in allen
Großstädten der Welt
Die Vier Teufel

**Billen-
Grundstück**
mit massiven Nebengebäuden
Ostgarten, in Berlin gelegen,
gute Lage, 12 Zimmer
6 soor beziehbar, evtl. mit
Betrieb taucht oder verkauf.
J. Grzesiek, Wierzbice-
cice 53 I. 5371

Zeitungs-Bestellzeitel i. Postabonnement.

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für Monat März 1922
durch die Post zum Preise von M. 275.— zugänglich
Zustellgebühr.

Name

Wohnort

Straße

Londauer

von Saenger, Amtsrat.

Guterhalt., moderner,
starker Dampfdreschlasten,
nicht unter 60 Zoll breit auch ganzen Satz zu kaufen ge-
sucht. Genaue An-
gaben mit Preis an B. Greczniel Nachf., Dobrzica.

Mietvertragsbücher
sind vorrätig in der
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Zwierzyniecka 6.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Stellenangebote
Nach Deutschland sucht: De-
putatfamilien m. Hörigänger
und sämtliches Dienstpersonal.
Paul Schneider, Stellen-
vermittler, Poznań, sw.
Marcin 48. 5332

Junges, evgl. Mädchen
im Hause, auf Gut gesucht.
zu 1. H. Ende das auch die
Kinderw. betreut, sei. Frau
Hilde Dehne, Dom. Ze-
ziorki, p. Strzelno. 5227

Oberinspektor,
verheiratet, wegen Auswanderung des sejigen zum 1. Juli
gesucht. Hauptgut mit Bormit 6000 Morg. leichter Boden,
großes Wiesenareal. Breitere, Molkerei Viehzucht.
Stammhäuserei. Geeignete, mir beiens empfohlene Kreis-
behörde zu selbstständig. Dispo. findet hochzahlig Lehen-
stellung. Meld. mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen erb.
Rittergutsbesitzer **Franckenstein, Niederhof**, v. Dzikowice
Pommereulen (früher Lippe) 5345

Inspektor
unter Oberleit., nicht unter 25 J. welcher auch polnisch spricht.

Wir suchen für unsere Hauptgeschäftsstelle einen
2. Geschäftsführer.
Ausführliche Bewerbungen erbitten
Hauptverein der deutschen Bauernverband,
Poznań, ulica Franciszka Ratajczaka 391. 5368

Vertrauenswürdige, sachkundige Persönlichkeit
wird von größerer Organisation als
Buchhalter

gesucht. Ausführliche Angebote unter J. A. 5369 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Wirtschafter,
Antritt oder 1. 4.
jungen, stiefsamen,
eigentl. Landwirt als
Meld. m. Gehalts-
ansprüchen an Piachnow, Kornat, Weziesnia.

Die Oberförsterei Laski b. Lasko sucht einen beider
Ländesprachen mächtigen nicht unter
26 Jahre alt. 5366

Vorsteherhilfen,

Ausgabestellen des "Posener Tageblatts"

Innere Stadt:

Ulica Wjazdowa (Am Berl. Tor) 8: Egl. Vereinsbuchhdg.

Ulica Wjazdowa (Am Berliner Tor) 10: Stoßchef.

Plac Sw. Krzyski (Petriplatz) 8: Schubert.

Ulica Strzelecka (Schützenstr.) 28: Piojda.

Waly Jagiell. (Karmeliterwall) 2a: Baerwald.

Rybaki (Fischerei) 10: Wendland.

Plac Sapejzyński (Sapejaplatz) 7: Bielowski.

Sw. Wojciech (St. Adalbertstr.) 2: Czarny.

Ulica Wodna (Wasserstr.) 5: Manke.

Ulica Wielka (Breite Straße) 28: Błaszczyk.

Wolnica (Bronner Platz) 4/5: Podolski.

Starý Rynek (Alter Markt) 4b: Goldenring.

Ulica Wroniecka (Bronner Straße) 4: Wronler.

Ulica Wroniecka (Bronner Straße) 24: Sein & Co.

Ulica Mokra (Nasse Gasse) 1: Tepper.

Ulica Żydowska (Michael Herzstr.) 11: Bergel.

Ulica Flisacza (Schiffstr.) 17: Jendrusik.

Sw. Marcin (St. Martinstr.) 33: Hoffmann.

Sw. Marcin (St. Martinstr.) 44: Gumnior.

Ulica Sew. Mieliński (Königstr.) 22: Niemannowicz.

Plac Nowomiejski (Königstr.) 9: Malachowski.

Ulica Rycerska (Ritterstr.) 33: Orgača.

Ulica Działalniskich (Naumannstr.) 1: Gilewski.

Allee Marcinkowskiego (Wilhelmsstr.) 25: Scubert.

Ulica Wroclawska (Breitauerstr.) 4: Schleb.

Ulica Pocztowa (Königstr.) 22: Reichelt.

Wielkie Garbary (Gr. Gerberstr.) 34: Andrych.

Chwaliszewo (Wallische) 6: Brabänder.

Chwaliszewo (Wallische) 7: Wintler.

Jerzy:

Ulica Grunwaldzka (Aug.-Vikt.-Str.) 25: Sznyter.

Ulica Forteczna (Festungstr.) 41: Kaczor.

Ulica Jąbrowskiego (Gr. Berl. Str.) 9/11: Dlużewska.

Ulica Kraszewskiego (Hedwigstr.) 9a: Baenisch.

Ulica Szamarzewskiego (Karl.-Wilh.-Str.) 24: Müller.

aus Wagenabdrif
Kalkstein in Bors-
dam vollständig
renoviert steht hier
in Dobromi-
zum Preise von
einer Million Mark
zum Verkauf. 5363

Posener Ruderverein "Germania"

Am Montag, dem 20. Februar, abends 7 Uhr
findet in den Räumen der Loge, ulica Grobla, ein
Stück in den Namen der Loge, ulica Grobla, ein
statt. Auskunft bei Otto
Mig, Fahrradhandlung
ulica Kantaka 6. Tel. 2396.

Fabrikdirektor in größter Kreisstadt Posens sucht

für seinenfrauenlosen Haushalt eine tüchtige

Wirtshästerin.

Ges. off. u. v. 5. 2. 5352 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

5365]

Hausmädchen

in sofort oder später gesucht. Daselbe muß gut nähen
und glanzplatten können und gute Zeugnisse haben. Off. am

Schloss Witoszyce, powiat Jarocin.

Mutter, fräul. Deutscher sucht

Stellung **Wächter**.

War einige Jahre Magistrat-
Wächter wurde entl. Prima
Zeugnisse u. Diensten. Off.
n. "Wächter 5376" a. d. Ge-
schäftsst. d. Bl. erbeten.

Leiter, fräul. Deutscher sucht

Stellung **Förster**.

32 J. verh. deutsch. im Först-
en. Jagdwirt erb. sucht ge-
sucht, nur gute Zeugn. u. Emp-
fehlung, zu bald od. sp. be-
rufl. Stellung. Ang. u. G.
a. 5221 a. d. Geschäft. d. Bl.

Geprüfte

Krankenschwester

empfiehlt sich zu allen
Bleichen, auch nach auswärts.
Offerten unter 5300 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes.

Deutsch. Mädchen ed., kinder-
schaftlich **Auswartung** f. d. ganz
Europ. Off. Z. 5341 a. d. Ge-
schäftsst. d. Bl. erb.

Suche für verheirateten Beamten
meinen **selbständige Stellung** z. 1. April

5327] **Oberamtmann Beck**,

Miechów p. Trzebow, pow. Kępiński.

Selbständig. Gutsverwalter

(Pole). 46 Jahre alt, verheiratet, in deutscher und polnischer

Sprache und Schrift versiert, sowie in allen Zweigen der
Landwirtschaft erfahren, mit la Reihenreiter verwaltet 7000
Morgen großes Gut sucht von sofort oder später
anderweitige Stellung. Offerten unter C. D. 5334
an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Geprüfte

Klavier

zu kaufen gesucht. — Preis-
angabe erbittet. 5312

Franz E. Srochhoff,

Zu ob. bei Poznań.

Suche zu kaufen: (5372)

**Rasse-
Zuchttauben**,

wie Möve, Danziger Pfau-
tauben, Garbenköpfle, sowie

**3 wegg-
hühner**

und zahlre. für gute Tiere
Dichte Höchstpreise. Bitte um
Offerten. C. Nowak, Vo-

Das Danina-Gesetz.

(Gesetz vom 16. Dezember 1921 über die Erhebung einer außerordentlichen staatlichen Abgabe.)

(Schluß.)

Zu Art. 51.

§ 65. Die Einzahlung der Abgabe nicht in polnischer Mark, sondern in anderen Werten, die im Art. 51 des Gesetzes bezeichnet sind, kann nur in den Finanzklassen geschehen, im früher preußischen Anteil auch in den Kassen der im § 32 dieser Verordnung genannten Behörden.

Bei den Einzahlungen der Abgabe in Obligationen der langfristigen Provinzialstaatsanleihe wird der Wert der Zinsen am Tage der Einzahlung gemäß der Abrechnungstabelle hinzugerechnet.

Von fremden Valuten können bei Einzahlung der Abgabe nur die angenommen werden, welche die polnische Landesdarlehnsklasse anlauft, und zwar zu dem durch sie bestimmten Kurs.

Unlangst vom 1. Februar 1922 bis auf Widerruf muß jede der Abteilungen der polnischen Landesdarlehnsklasse alle 5 Tage, die sich in ihrem Bezirk befindlichen Finanzklassen (im früher preußischen Anteil auch die Kassen der Einziehungshöfe) darüber in Kenntnis setzen, welche fremden Valuten und zu welchem Kurs diese als Zahlung für die Abgabe angenommen wurden.

Zu Art. 52.

§ 66. Die im Art. 52 Abs. 2 des Gesetzes vorgesehenen Benachrichtigungen über den beabsichtigten Verkauf müssen an das Kreislandamt gerichtet werden, in dessen Bezirk der Grundbesitz des Zahlers, der einen Teil derselben zur Bezahlung der Abgabe zu verkaufen beabsichtigt, gelegen ist.

Die Benachrichtigung muß vor Ablauf der Zahlungsfrist der ersten Rate, die im Art. 17 des Gesetzes vorgegeben ist, eingereicht werden. Die Frist kann in der im Art. 47 des Gesetzes bezeichneten Weise in dem Falle verlängert werden, wenn der Verkäufer glaubhaft macht, daß er noch nicht imstande war, Käfer zu finden und dabei genau angibt, für welche Zeit er die Verlängerung wünscht.

Die Benachrichtigung, welche in gleicher Weise auch der Zahler (bzw. das Gericht) wie auch die im Namen des Zahlers handelnde Institution, die durch das oberste Landamt zur Parzellierung befreit ist, einreichen kann, muß in jedem Falle folgende Angaben enthalten:

1. die Bestimmung des Betrages der Abgabe, die auf das Grundstück entfällt, von dem ein Teil verkauft werden soll;
 2. die Bezeichnung der Fläche, sowohl des ganzen Grundstückes, sowie auch des Teiles, der zum Verkauf bestimmt ist;
 3. die Einzelbezeichnung der Gebrauchsart (Aulinarart), sowohl des ganzen Grundstückes, wie des zum Verkauf bestimmten Teiles;
 4. Bezeichnung der Käufer bzw. des Käufers.
- Außerdem muss zu der Benachrichtigung hinzugefügt werden:
- a) die Nachweise des polnischen Bürgerrechts der oder des Käufers;
 - b) eine glaubwürdige Bescheinigung über den landwirtschaftlichen Beruf eines jeden Käufers, die durch eine staatliche oder allgemeine Institution an dem Orte des ständigen Wohnsitzes des Käufers ausgestellt wird;
 - c) eine Erklärung über die Vertragbedingungen des Kaufvertrages mit der Angabe des Datums und der Fläche des Landes in bezug auf jeden Käufer in zwei Exemplaren;
 - d) eine gewöhnliche Urkunde mit verzollten Teilen.

II. Das Kreislandamt ist verpflichtet, die Angelegenheit im Verlaufe von 8 Tagen nach Empfang der Benachrichtigung, die im vorherigen Absatz bezeichnet ist, zu erledigen.

Somit das Landamt keinen Einspruch erhebt, muß es unverzüglich dem Zahler bzw. seinem Stellvertreter eine entsprechende Bescheinigung ausständigen, die auf die Erklärung (Punkt d vorhergehenden Absatzes) geachtet wird, die durch den Führer des Amtes unterschrieben und mit einem Abdruck des Dienststiegs verschenkt wird.

Wenn das Kreislandamt Einspruch erhebt, so richtet es ihn in der obigen Frist in einem eingedriebenen Briefe zusammen mit den Alten an die zuständige Finanzkammer und benachrichtigt darüber gleichzeitig mit einem solchen Schreiben den Zahler oder seinen Stellvertreter.

III. Die Finanzkammer ist verpflichtet, im Verlauf von vier Wochen nach Empfang des Einspruches die Angelegenheit in gemeinsamer Sitzung mit dem Bezirkslandamt zu entscheiden.

Wenn der Einspruch nicht berücksichtigt wird, so erteilt die Finanzkammer unverzüglich dem Zahler bzw. seinem Stellvertreter die auf die Erklärung (Punkt d, Abs. 1) geachtete Bescheinigung, auf Grund deren der Verkauf erfolgen kann, und benachrichtigt darüber das Kreislandamt.

Soweit dem Einspruch stattgegeben wird, benachrichtigt die Finanzkammer unverzüglich zugleich den Zahler bzw. den Vertreter, wie auch das Kreislandamt. In diesem Falle kann der Verkauf nicht erfolgen.

IV. Soweit sich in den im vorhergehenden Absatz genannten Fällen eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Finanzkammer und dem Kreislandamt zeigt, überendet die Finanzkammer die Angelegenheit im Verlaufe von 8 Tagen nach der gemeinsamen Sitzung an den Finanzminister unter Beifügung der beiderseitigen Ansichten.

Der Finanzminister entscheidet die Sache im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Hauptlandamtes endgültig und benachrichtigt über die Entscheidung die beteiligten Personen und Ämter.

V. Die Umschreibung des Eigentumstitels des verkauften Grundstücks in der in den vorhergehenden Punkten vorgesehenen Weise kann nur unter der Bedingung erfolgen, daß der Zahler bzw. sein Stellvertreter außer anderen Beweisen, die bei dem Übergang des Eigentumsrechts durch die Hypotheken- bzw. Finanzgesetze verlangt werden, folgende Urkunden vorlegen:

1. die im Abs. II bzw. im Abs. III erwähnte Bescheinigung oder die Bescheinigung über die Zurückweisung des Einspruches in letzter Instanz (Abs. IV);
2. die Originalquittung der Finanzklasse, die bescheinigt, daß der gesamte Kaufpreis nebst den Verzugszinsen (Art. 47 des Gesetzes) an die Finanzklasse auf Konto Abgabe einzuzahlt ist.

Eine beglaubigte Abschrift der Quittung wird dem Verkäufer beigelegt, das Original der Quittung wird dem Verkäufer zurückgegeben. Die oben genannten Vorschriften werden auch in den Fällen angewandt, in welchen der im Art. 52 des Gesetzes Verlauf unter Vermittlung einer Institution erfolgt, die durch das Kreislandamt zur Durchführung der Parzellierung größerer Landgüter ermächtigt ist.

Im früher österreichischen und preußischen Anteil.

Unter den im Art. 52 Abs. 2 des Gesetzes genannten Geichten sind die Vormundungsgerichte zu verstehen.

(Schluß.)

Anm.: Der Tag der Veröffentlichung der Verordnung ist der 7. Januar 1922.

Berband deutscher Genossenschaften in Polen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Poien. 16. Februar.

Stadtverordnetensitzung.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski eröffnete die gestrige Stadtverordnetensitzung gegen 7 Uhr und wies in einer kurzen, einleitenden Ansprache auf die wichtigste Aufgabe der gegenwärtigen Sitzungsperiode, die Herstellung des Gleichgewichts im Stadtbauhauß hin. Seine Ausführungen bewegten sich in etwa folgenden Gedankenreihen:

"Bisher wurden den einzelnen Städten 30 v. H. der Staats-einkommensteuer aufgelegt, außer Warschau, das als Hauptstadt 50 v. H. erhielt. Die Städte werden fortan eine Tätigkeit in der Richtung entfalten müssen, daß ihnen der gleiche Anteil wie der Hauptstadt, also 50 v. H., zufalle. Ich wende mich an die Versammlung mit der Bitte, bei den künftigen Arbeiten alle kleinen Zwierlichkeiten beiseite zu stellen, und nur der einen Sache, dem Wohle und der Entwicklung der Stadt zu dienen. Ich komme aus einem Lande (d. h. Amerika), in dem sich die Entwicklung der Städte von den kleinsten Anfängen, geradezu Ansiedlungen, zur vollsten Blüte unter den schwierigsten Umständen vollzog; ein solches Beispiel müßte ein Ansporn zur Nachahmung sein."

Darauf verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Nutzens-komitees, das um eine Zuwendung für die Instandsetzung eines Nutzengemäldes, das sich in Polen befindet, bittet. Da sich die Stadt nicht mit dieser Angelegenheit befassen kann, so ist eine Liste zur Bezeichnung für Interessenten ausgelegt worden.

Über eine Reihe von Interpellationen, die eingebracht wurden, bemerkte der Vorsitzende, daß man in dieser Hinsicht Verstärkung üben und sich unmittelbar an den Magistrat ohne die Form der Interpellation wenden solle. Nunmehr trat man in die Beratung der Tagesordnung ein.

Zunächst wurde eine Reihe von Wahlen für verschiedene Ausschüsse glatt erledigt.

Für die Billigung einer einmaligen Zuwendung für die städtischen Beamten und Funktionäre wurden widerprühslos 15½ Millionen Mark in den Stadtbau-

halt eingestellt.

Der Antrag des Drogistenverbandes über die Änderung der Öffnungs- und Schließungsstunden der Läden entfesselte eine kurze Aussprache zwischen dem Stadtv. Cofita, der darauf hinwies, daß sich der Drogistenverband vorher mit dem Kaufmännischen Verband verständigt haben müßte, der Stadtrat Podolka und dem Stadtv. Habel, der bemerkte, daß der Kaufmännische Verband sich dem Antrag nicht entgegenstelle, um Kritik zu üben, sondern um ihn schneller zu erledigen.

Bon den verschiedenen Anträgen, die in dieser Angelegenheit eingegangen waren, brachte der Vorsitzende den leichten zur Abstimmung, der den Übergang zur Tagesordnung wünscht, weil diese Frage nicht mehr zeitgemäß sei, da im Antrag des Drogistenverbandes die Rete von den Monaten Dezember, Januar und Februar sei. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages und damit den Übergang zur Tagesordnung.

An die Auflösung eines Leiters für den Dienst der Strafenreinigung knüpfte der Antragsteller Stadtv. Siedlitz die Bemerkung, daß die Stadt im Hinblick auf Sauberkeit viel zu wünschen übrig lasse (sehr richtig!) und man deshalb einen besonderen Ausgabeposten in den Haushalt gestellt habe. Dieser Posten war vom Finanzausschuß gebilligt worden, jedoch häufig dieser die Besetzung statt durch einen gewissen Gajewski aus Wien durch einen Einheimischen vor. Die Verlammung beschloß die Einigung im Sinne dieses Antrags.

Die nächsten Punkte der Tagesordnung behandelten Ernennungen, die ohne Einspruch von der Versammlung bewilligt wurden.

Wohl der angenehmste Punkt des Abends, der gute Hoffnungen für die Zukunft weckt, war die Ermäßigung des Preises für den elektrischen Strom von 86 Mark für die Kilowattstunde auf 80 Mark, die bereits vom Magistrat bekannt gegeben ist, so daß die Versammlung dazu nur ihre nachträgliche Genehmigung zu erteilen brauchte. Hierbei wurde eine Erhöhung der Kautio für den Stromgäbler angeregt und Kritik an der Form geübt, mit der man den Beziehern des elektrischen Stroms im Falle der Nichtzahlung der erhöhten Kautio, nämlich der Entziehung des Stromes, drohte.

Stadtv. Wachowiak wünscht auch eine Ermäßigung des Gaspreises, damit auch der minderbemittelten Bevölkerung ihr Recht werde. (Bewilligung: "Ist schon geschehen!")

Stadtv. Wallenstedt befürwortete abschließend die Verstärkung eines Titels für das Hochbauamt um 1.650.000 M. Der Antrag wurde widerspruchlos von der Versammlung angenommen. Der Antragsteller befürwortete hierbei eine genauere Prüfung der Kostenanschläge durch den Magistrat.

Für die Verstärkung eines Titels der Armenverwaltung wurden 1 Million Mark zur Beschaffung von Brennmaterial bewilligt.

In der Anhörung der Sitzung der Kluge-Stiftung wurde ein Antrag angenommen, der ein einmaliges Stipendium von ungefähr 20.000 M. jährlich vorsieht.

Damit war die Tagesordnung erschöpft, und es erfolgte nunmehr eine Besprechung der eingebrochenen Interpellationen. Hierbei betonte der Stadtv. Cofita zunächst, daß nach der Geschäftsordnung solche Anträge durch 15 Mitglieder unterzeichnet sein und mindestens sechs Stunden vor Beginn der Sitzung eingereicht werden müssen.

Die längste Aussprache entfachte die Interpellation über die Not der Arbeitslosen. Für diese sollen städtische Küchen eingerichtet werden, in denen Essen unentgeltlich ausgegeben werden soll.

Stadtrat Nowicki versuchte auf Grund einer Statistik nachzuweisen, daß die Zahl der Arbeitslosen seit Oktober vorigen Jahres nicht gestiegen, sondern gesunken sei. (Bewilligung: "Und wieviel sind in den Listen nicht eingetragen?") Nach Ansicht des Stadtrats Nowicki besteht ein großer Teil der Arbeitslosen aus Leuten, die niemals gearbeitet haben. Die begonnenen Rostlandarbeiten an der Warthe und am Oderbogen müssen wegen Kälte eingestellt werden; ferner dürfte der vom Ministerium für diesen Zweck ausgeworfene Fonds höchstens 2 Monate reichen, und mit neuen Zuwendungen dürfe man nicht rechnen.

Stadtv. Ciszkowski regte an, die Arbeitslosen mit der Säuberung der Straßen zu beschäftigen und begründete die verhältnismäßig niedrige Ziffer der eingetragenen Arbeitslosen damit, daß man diese nicht eintragen wolle.

Stadtv. Ciszkowski verlas einen Antrag, in dem von 40 Militärbeamten die Rede ist, die man entlassen und mit ihren Familien, die in Kasernen wohnen, der Gefahr der Wohnungslösigkeit ausgesetzt habe. Er befürwortete, in dieser Angelegenheit eine Entschließung zu Händen des Ministerpräsidenten abzufinden. Auch dieser Antrag wurde von der Versammlung angenommen.

Stadtv. Noskowicz brachte darauf eine Interpellation über die ungenügende Straßenbeleuchtung ein, die es lichtschein Elementen ermögliche, Raubüberfälle auf offenen Straßen auszuführen.

Hierzu bemerkte Stadtv. Dr. Sulczewski treffend, daß man Polen nicht mit Asien vergleichen sollte, da es in Europa liegt. Wo es um die persönliche Sicherheit geht, darf man nicht an die Geldfrage denken.

Stadtrat Nowicki bemerkte, daß schon entsprechende Schritte eingeleitet wurden, um diesem Überstande abzuholzen.

In der letzten Interpellation besprach Stadtv. Noskowicz die ungenügende Zahl von Schulgebäuden in Polen

und wies darauf hin, daß von 8 Klassen der Schule "pod Krakusem" 6 für die Zwecke der Fortbildungsschule benötigt werden. In der Unterricht in der Fortbildungsschule auch an Vormittagen stattfindet, so muß naturgemäß eine große Beschränkung des eigentlichen Schulunterrichts eintreten. Als einziges Mittel zur Abstellung des Übelns nannte Stadtrat Kulth. den Bau von neuen Schulgebäuden durch die Regierung.

Darauf wurde die Sitzung um ½ Uhr geschlossen.

Die Schraube ohne Ende.

Unter dieser Überschrift lassen sich die "Danziger Neuesten Nachrichten" von hier folgendes schreiben:

Die Danina stößt in allen zur Zahlung verpflichteten Kreisen auf den heftigsten Widerstand, namentlich in den Kreisen des Großgrundbesitzes und der Industrie, die zwar große Sachen ihr Eigentum nennen, aber nur über geringe Vermögen verfügen, so daß sie nicht wissen, wie sie die oft in viele Millionen gehende Staatschuld bezahlen sollen, um so weniger, als in den Banken ebenfalls flüssiges Geld nicht zu haben ist. Hinzukommt noch, daß der Großgrundbesitz seine Millionenforderungen für Spiritus von feinen Abnehmern nicht betreiben kann. Über das meistebare Geld verfügt gegenwärtig die mittlere und kleinere Landwirtschaft. Aber auch sie ist nicht gewillt, die auf sie entfallende Danina aus ihrer eigenen Tasche zu bezahlen, sondern ist bereits dabei, durch eine ganz mahllose Besteuerung der landwirtschaftlichen Produkte die Steuer auf die Verbraucher abzuwälzen. Die Butter ist beispielweise bereits wieder auf 100 M. das Pfund gestiegen, und für ein Ei zahlte man auf dem letzten Wochenmarkt in Posen 100 M. und darüber. Das hier gegebene böse Beispiel findet leider bei den Posener Kaufleuten willige Nachahmer; sie sind in den letzten Tagen mit den Preisen für ihre Waren ebenfalls erheblich in die Höhe gegangen. Der Berliner überfällische Kohlen kostet in Posen 120 M., der hohe Preis wird ausdrücklich damit begründet, daß die Danina auf die Verbraucher abgewälzt werden müsse. Der Leidtragende scheint also tatsächlich der Konsument werden zu sollen; angehoben des Leidsträgers der Arbeitgeber, die Gehälter und Löhne herabzusetzen, eine nette Aussicht!

Die vorstehenden Ausführungen sind im wesentlichen zutreffend und könnten noch in vieler Beziehung ergänzt werden, so z. B. durch die Tatsache, daß der Preis für ein Dreipfundbrot, der in der vergangenen Woche in Posen noch 145 M. betrug, heut, Mittwoch, auf 180 M. erhöht worden ist. Die Ansicht des Gesetzgebers, daß die Danina eine Verbilligung der Preise für die Bedürfnisse des täglichen Lebens herbeiführen werde, hat sich demnach als fundamentaler Irrtum erwiesen.

Der Verkehr zwischen Polen und Danzig. Am 1. März wird die Verordnung der oberen Behörden über die Eröffnung des direkten und Transi-verkehrs für Personen, Güter zwischen Polen und Danzig in Kraft treten. Die Gefahren für Sendungen werden in Danziger Valuta berechnet und nach Wunsch in polnischer Valuta nach dem festgesetzten Kurs erhoben werden. Nähere Angaben sind im Dr. Umar Nr. 7 einzusehen.

Hilfe für die notleidende Intelligenz. Wie der "Kurier Poznański" mitteilt, hat sich hier unter dem Namen "Przyjazn" eine Gesellschaft zur Selbsthilfe für die notleidende Intelligenz zusammengefunden. Das Protektorat hat Kardinal Dr. Dalbor übernommen. Der Zweck dieser Vereinigung ist der, den notleidenden Angehörigen der Intelligenz wirtschaftliche Hilfe zu gewähren, da die Proletarisierung der gebildeten Stände als Gefahr für den Staat und den kulturellen Stand des Volkes anzusehen wäre.

Berichtung. Die Sammlung des Vereins Deutscher Sänger in Posen ergab genau 18.100 M., nicht wie gestern verkehrtlich mitgeteilt wurde über 18.100 M.

Die Tage nehmen zu! Am 1. Januar betrug die Tageslänge nur 7 Stunden 54 Min., am 11. Januar 8 Stunden 12 Min., am 21. Januar 8 Stunden 43 Min. und jetzt bereits 9 Stunden 8 Min. Die Sonne geht jetzt nach unserer Zeit 8 Uhr 40 Min. auf und 5 Uhr 48 Min. unter (am 1. Januar 7 Uhr 6 Min. und 5 Uhr 1 Min.). Am 1. März wird der Sonnenuntergang 8 Uhr 38 Min. stattfinden.

Deutschumsbund. Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Wahl Leżachowskie 2 (früher Kaiserring).

* Grätz, 15. Februar. Über eine Massenflucht von Verbrechern aus dem bietigen Gefängnis wird berichtet: Das Bandenium fängt an, seit einiger Zeit die öffentliche Sicherheit gefährlich zu bedrohen. Sonnabend hat sich die Zahl der Banditen um 16 Verbrecher vermehrt, denen es gelang, aus dem Gefängnis in Grätz zu entfliehen. Um 7 Uhr früh wurden, wie gewöhnlich, die Sträflinge in die Küche nach dem Frühstück geführt, das aus der Küche in Kessel gegossen und darauf unter die Sträflinge verteilt wurde. Zwei Polizisten hielten hierbei Wache. Wöchentlich waren sich einige Sträflinge auf die Wachehaltenden und entwaffneten sie. Die Polizisten wurden darauf gepeitscht, worauf man ihnen die Waffen abnahm und sie in eine Zelle stießen. Hierauf wurden sämtliche Hessen aufgemacht

Frauenzeitung des Posener Tageblatts.

Der Weg zur Ehe.

Über praktische Versuche öffentlicher Heiratsvermittlung schreibt im "Berl. Tagebl." Wilhelmine Meier:

"Zur Gründung eines Haushalts ist in den Kreisen des Mittelstandes gegenwärtig so gut wie nichts vorhanden. Man ist in vielen Familien schon zu den Sitten ältester Zeiten und zu der noch heute vielfach bestehenden bauerlichen Lebensart zurückgekehrt und nimmt die jung Verheirateten in die alte Familiengemeinschaft auf. Aber der kleinste Bauernhof ist noch immer geräumiger als die geräumigste Mittelstandswohnung. Aus dieser Raumengen nun blühen Tausende und Abertausende in das strömende Leben und suchen den Weg zur Ehe, den sie nicht finden können. Die Gesellschaft im häuslichen Kreise ist durch die Leuerung eingeschränkt. Möglichkeiten zur gegenseitigen Annäherung bieten sich scheinbar nur in öffentlichen Vergnügungsstätten. Ein Blick auf die Reihen der Mädchen, die durch die Türen diese Lokale gehen, läßt erkennen, daß die guten Bürgermädchen fehlen."

Viele Bestrebungen suchen nun diese Schwierigkeit der gegenseitigen Annäherung zu überbrücken. Einige wurden aus der Not des Krieges geboren: Zum ersten Male ist in Magdeburg eine amtliche Heiratsvermittlung entstanden. Ein Kaufmann namens Brasch war der Anreger. Sie widmete sich zuerst der Beratung von Kriegerwitwen mit Kriegsinvaliden. Sie zog dann allmählich alle Heiratslustigen in ihren Bereich. Die Nationalstiftung für Hinterbliebene der Gefallenen teilt die Namen der Anwärterinnen der Beratungsstelle und diese wieder der Fürsorgestelle die Namen der heiratslustigen Männer mit. Vollständige Vereinbarungen wurden angelegt. Erfindungen über Charakter und persönliche Verhältnisse wurden eingeworfen. Diese Beratungsstelle ist eingegangen. Sie erforderte Mittel, für die nach Kriegsende keine Quellen mehr vorhanden waren.

Angesehene deutsche Ärzte, so Dr. Kuhn, der Direktor des Dresdner Organiischen Instituts, Dr. Platzek und andere treten für eine Fortführung dieser amtlichen Scheheraltung in Dortmund eingerichtet, und Dr. Kuhn beabsichtigt, seinem Beispiel in Dresden zu folgen. Die Ärzte verfolgen vorwiegend rosshygienische Zwecke, aber sie öffnen schon damit weitesten den Weg zur Ehe, da viele Männer und Frauen ihn nur unter bestimmten Voraussetzungen betreten.

Als erste staatliche Gemeinschaft hat der Kanton Zürich im Jahre 1918 die Scheheraltung unter staatliche Aufsicht gestellt. Ihm ist Norwegen im Jahre 1920 gefolgt. Nach wie vor ist die Chipheraltung für den Staat Bevölkerungspolitik. Von dieser Weise der amtlichen Scheheraltung bis zu der privaten Scheheraltung ist nur ein Schritt. In Wien haben Präsident Dr. Mataja und Universitätsdozent Dr. Stigler mit dem Hinweis auf die gegenwärtige Unmöglichkeit der Gesellschaftspflege zur Bildung von Scheherungskomitees aufgerufen, die in ähnlicher Weise wie die Magdeburger Stelle, Listen der Heiratssuchenden anlegen und persönlichen Verkehr herbeiführen soll. Man denkt an die schon bewährte Lebenshilfe und seine Klugheit der Männer und Frauen aller Wohlfahrtskreise, an die behutsame Problembehandlung durch ehrgerechte, kulturohne, gütige Menschen.

Und nun ist auch in Frankfurt am Main diese Idee in gewisser Beziehung aufgenommen und die Gründung eines "Hauses des Vertrauens" angeregt worden. Auch Frankfurt ist eine alte Kulturstadt und bietet einen geeigneten Boden für ein "Haus des Vertrauens". Es ist klar, daß alle diese Stellen in ähnlicher organisatorischer Weise und vielleicht nur in verschiedenen Ortsgeiste wirken können. Ein "Haus des Vertrauens" in Frankfurt oder anderwohl müßte natürlich über Räume für einen zwanglosen Verkehr der Heiratslustigen verfügen. Wir haben auf unserem Kontinent zu wenig Häuser, die dem Gemeinschaftsverkehr dienen. Uns fehlt der Club für beide Geschlechter, das Gesellschaftsspeisehaus, wie es in dem Boardinghouse und in Klubleben Englands vorgezeichnet ist.

Gerade Industriestädte wie Berlin, Wien, Frankfurt haben ein Strakenleben, aus dem das Annäherungsproblem der Geschlechter in geschlossene Räume flüchten mußte. Es ist aber durchaus nicht zeitsprechend, eine Anfrage und Antwort auf der Straße als durchaus untauglich für das Mädchen hinzustellen. Das Ohr der feingestimmten Seele wird auch den Ton einer feingestimmten Frage schon erfassen. Es wäre aber auch für die an der Konvention Haftenden und für ängstliche Gemüter möglich, eine Anfrage mit einem Hinweis auf das "Haus des Vertrauens" — falls dieses schon bestände — zu beantworten. In der selben Weise will die Heiratsannonce behandelt sein. Ein so ernster Gelehrter wie Georg Simmel hat ihren Wert durchaus richtig gewürdigt.

In überhastetem Tempo streben die Menschen zur Ehe, um in ihr Erfolg und Erfüllung zu finden. Die Folge eines mangelhaften Sichkennens vor der Eheschließung ist eine Steigerung der Scheidungen, die bedenklich stimmen muß. Nach dem Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Preußen betrug die Zahl der Scheidungen im Deutschen Reich: 1916 10 494, 1917 11 605, 1918 13 342, 1919 22 022. Diese Zahlen könnten denselben Riedt geben, die da meinen, daß die Menschen noch nicht reif zur Ehe sind, obwohl die Form der Ehe schon Tausende von Jahren besteht. Die Befürchtungen wenden sich dann gegen die Konventionen der Ehe. Alle Konventionen können gebrochen werden, befreien bleiben muß, nach dem Willen eines Führers des jungen Deutschlands, die innere Ordnung der Eheform. Diese innere Ordnung fehlt. Und die Erkenntnis hierunter führt viele auf den Weg zur Ehegeschichte.

Die allorts sich regenden Versuche, eine bestimmte Seite des Chipheralts, nämlich die in unserer Zeit sehr schwierige Frage der gegenseitigen Annäherung, praktisch zu lösen, haben immerhin schon so seife Formen angenommen, daß sie kaum gänzlich wieder verschwinden werden. Es steht vielmehr zu hoffen, daß sie in der Zukunft auf breitere Grundlagen gestellt werden."

Das türkische Tuch.

Von Christa Minteln.

Auch mir war einmal das Geld ausgegangen. Ich tat also, was der Mittelstand in Deutschland heute tut: ich versuchte, einige Haushalte zu verkaufen. Von den Großeltern fanden sich noch einige alte Dinge, die vielleicht Wert hatten. Ich packte eine fränkische Schnizel, einen Gobel in und einen alten türkischen Ring zusammen und begab mich in das nächste Museum, in dem eine sogenannte Abschlagsstelle war."

Man empfing mich sehr höflich. Der Gobel und die Schnizel waren bald abgeschäfft und wurden mir zurückgegeben; das Museum legte keinen Wert darauf, aber der Ring wanderte ins Nebenzimmer und blieb längere Zeit aus.

Endlich kam ein älterer Herr, mit gemessenen, würdevollen Bewegungen, ehrfürchtig begrüßt von den Beamten. Er sah durch seine Brille prüfend den Ring, prüfend mich an, und sagte dann feierlich: "Es ist ein römischer Ring! Er stellt einen Sonnen Gott dar, eine spätromische Auffassung. Dieser Ring stammt ungefähr aus der Zeit um Christi Geburt. Wo haben Sie ihn gefunden?"

Ich nannte seinen Fundort an der Odermündung. "Merkwürdig," begann der alte Herr und sah liebevoll den Ring an, "in der Tat merkwürdig. Man findet diese Dinge sonst nur in der Gegend der alten Römerfeststelle. Wollen Sie ihn uns überlassen?"

Ich versuchte mich von meinem ehrfürchtigen Staunen zu erholen, daß ich solche Hoffbarkeit befah, Kraatz vorsticht nach dem

Preise. "Nun," sagte der Herr Kürnenzeln, "das müßte man erst genau feststellen! So einige hundert Mark!"

Ich fiel schnell herab von der Höhe meines Besitzerstolzes.

"Dreihundert Mark für einen zweitausendjährigen Ring — nun ist meine pro Jahr eine Mark wäre doch nicht zu teuer gewesen." Ich behauptete also, daß ich es mir noch überlegen müßte. Aber der Herr Professor war sehr liebenswürdig; er nickte auch die anderen Sachen noch schen. "Schnizel, fränkisch, nicht teuer! Französischer Gobel, nicht alt genug. Und dies, er hob drüben das Tuch, in welches die Schnizel gewickelt war, ich versuchte erröten es ihm zu entreißen, und dies, fuhr er unbedingt fort, "ist ein türkisches Tuch, nicht wahr?"

"O, ein alter Lappen, zum Einwickeln, ich hatte nichts anderes."

"Na, ja," der alte Herr drehte es nach allen Seiten. "Ein türkisches Gewebe. Schon älter. Nicht ohne Wert. Ich kenne diese Art Gewebe!"

Ich sah genauer hin; vielleicht war es doch ein türkisches Tuch! Aber nein, es war und blieb — eine Kinderwindel aus Woll, alt und grau geworden.

Ich habe nichts mehr erwidert. Ich raffte meine Sachen zusammen und machte, daß ich hinauskam — ich wäre sonst erschöpft vor Lachen, Lachen. Alle Enttäuschung, daß mein Gobel nicht alt genug und mein zweitausendjähriger Ring nur dreihundert Mark wert, war vergessen, ich dachte nur an das "türkische Tuch", das meinen Lohn solange prosen bedient hatte.

Den Ring gebe ich nicht mehr her. Auch wenn sich die Männer über seinen Ursprung so verhalten wie die Windel zum türkischen Tuch.

Mir fiel eine Geschichte aus einem Wikblatt ein: Viele Buben bringen dem Botanikprofessor eine seltene Pflanze: einen Kuhschwanz, palmenartig in den Blumentopf gepflanzt. Der Professor zerbricht sich tagelang den Kopf über das seltsame Gewächs. Diese Geschichte habe ich immer für einen sehr dummen Scherz gehalten, aber jetzt weiß ich, sie hat sich wirklich zugetragen.

Die Volksbibliothekarin.

Einer der Frauenberufe, in dem die ihn ausübende Persönlichkeit nicht nur ihre volle Befriedigung in der Arbeit als solcher finden, sondern darüber hinaus eine tiefe Wirkung auf viele Volkskreise üben kann, ist der Volksbibliothekarin. Wir haben nicht allzu viele solcher Frauenberufe, und die jungen Mädchen wieder mehr und mehr von der schematischen und im Grunde die weibliche Seele leer lassenden Kontor- und Bureauarbeit ab und auf Berufe hinzulenken, in denen sie sich als weibliche und menschliche Persönlichkeit entfalten können, ist eine dringende Notwendigkeit.

Wer aber könnte besser über Art und Wert eines Berufes Aufschluß geben, als diejenigen, die mit ihrer Arbeit heraus zu denen sprechen, die nach Erwerbs- und Arbeitsmöglichkeiten Aussichten halten. V. Runge, die Bibliothekarin an der Städt. Volksbibliothek in Hannover, plaudert im neuesten Heft von "Niederländern" (Verlag Schünemann Bremen) über den Dienst der Frau in der Volksbücherei. Wir geben die ausschlußreichen Darlegungen im Auszug wieder:

Die Fachausbildung in Deutschland blickt, trotz des verhältnismäßig jungen Berufes, auf eine Vergangenheit zurück und erfordert beuteutige eine längere Ausbildungsszeit. Die Ausbildung wird erlangt durch die Bibliotheksschule der Zentralstelle für Volksbüchereien (Berlin-Schöneberg, Grünewaldstraße 6). Die Kurse umfassen zwei Jahre theoretische Ausbildung — Beginn alljährlich nach Ostern — und befähigen, in Verbindung mit zwei weiteren Jahren praktischer Ausbildung zur Ablegung der preußischen Diplomprüfung. Denn, während in Sachen die Ausbildung für wissenschaftliche Bibliotheken und Volksbibliotheken getrennt ist, gelten in Preußen die gleichen Bestimmungen. Der Ministererlaß vom 24. März 1918 betrifft die Diplomprüfung für den mittleren Bibliotheksdienst an wissenschaftlichen Bibliotheken sowie für den Dienst an Volksbibliotheken. Außer dem Schulzeugnis eines Laufzeugs wird der Nachweis einer vierjährigen Ausbildung in den Höchern, auf die sich die Prüfung erstreckt, verlangt. Diese Ausbildung setzt eine zweijährige praktische Tätigkeit in vollem Bibliotheksdienst zu umfassen, von der ein Jahr an einer wissenschaftlichen Bibliothek und ein Jahr an einer Volksbibliothek zurückzulegen ist. Für die zwei weiteren Jahre der Vorbereitung sind höchst keine bestimmten Anreisungen gegeben. In Beiträgen kommen namentlich bibliothekarische Fachkurse, Vorlesungen und Kurse über deutsche, englische und französische Sprache und Literatur, ferner ein Aufenthalt im Ausland zu Sprach- und Literaturstudien, eine buchhändlerische Ausbildung usw. (Die Prüfungsordnung sowie die dazu gehörige Praktikantinnenordnung vom 19. August 1920 sind durch die Staatsbibliothek Berlin zu beziehen.) Wie bereits erwähnt, ist in Sachen die Ausbildung für Volksbibliotheken eine getrennte von der für wissenschaftliche Bibliotheken. Die Leipziger Fachschule für Bibliothekstechnik und Verwaltung (Reiterstraße 28) bildet nur für volkstümliche Büchereien aus. Der Lehrgang ist zweijährig und schließt mit einem Staatsexamen.

Die Bibliotheksausbildung erfordert intensive Arbeit, und die Entlohnung stand bisher in keinem Verhältnis zu den geforderten Leistungen. Die Bibliothekarinnen in Deutschland sind im Durchschnitt in Gruppe 7 eingeteilt; die neuesten Bestrebungen des Reichsverbandes deutscher Bibliothekarinnen, in den sich seit 1920 die Vereinigung bibliothekarisch arbeitender Frauen aufgelöst hat, geben dahin, für leitende Stellen Klasse 9 und 10, für Assistentinnen Klasse 7 und 8 zu erreichen. Über die Anstellungsaussichten läßt sich bei den heutigen wechselvollen Verhältnissen nichts bestimmtes sagen.

Der Beruf der Volksbibliothekarin an sich bietet jedoch ein reiches vielseitiges Arbeitsfeld! Er fordert Hingabe und reine Willigkeit zur Sache, eine gewisse Reife, nicht allein gute Bücherkenntnis, sondern auch Menschenkenntnis: ein kritisches Urteil und die Fähigkeit, das Wesentliche eines Buches zu erfassen und es dem Leser zu vermitteln, der nicht bevormundet, sondern nur beraten werden will. Es handelt sich nicht um sachliche Erledigungen, sondern um die hohe und schwierige Aufgabe, an der Gestaltung des geistigen Lebens des Volkes mitzuwirken.

Neben aller technischen und literarischen Vorbildung verlangt die volksbibliothekarische Arbeit vor allem eine menschliche Note, die in einem seelischen Niederschlag wurzelt und deren Grundlage sich Geduld und Menschenliebe nennt. Der persönliche innere Reichtum der Bibliothekarin ist daher im Verhältnis mit dem Publikum ausschlaggebend.

Jahrtausende alte Haarfärbemittel.

Die Mode des Haarfärbens war schon in den ältesten Zeiten bekannt, und gewisse Methoden waren damals schon so verbessert, daß sie bis auf unsere Tage fast keine Änderung erfahren haben. Die Ägypter insbesondere verstanden sich schon ein paar tausend Jahre vor Christi Geburt darauf, die Haare zu färben. Die für diesen Zweck hauptsächlich in Beirat kommenden Grundstoffe waren Bleisalz und gewisse Pflanzenstoffe mit starker Farbwirkung. Auf die Bleisalze hat man wegen ihrer giftigen Wirkung allmählich verzichtet. Man darf überdies nicht außer acht lassen, daß die Farbwirkung dieser Stoffe begrenzt ist, so daß es notwendig wird, die Farbe des öfteren aufzutragen, wodurch die Giftwirkung auf den Organismus naturngemäß eine Steigerung erfährt. Andere mineralische Salze wie die von Kupfer, Silber und Bismut erreichen, auch wenn sie ausgiebig angewandt werden, zwar nicht die schädigende Wirkung der Bleisalze, sind aber immerhin mit Vor-

sicht zu gebrauchen. Die wirksamsten Stoffe sind hier Phenylendiamin, Diamidophenol, Phragallussäure und Gallussäure. Die Giftigkeit des Phenylendiamin haben mehrere Unfälle erwiesen, die durch seinen Gebrauch als Haarfärbemittel herbeigeführt wurden. Auch die Phragallussäure kann zu ernster Unzuträglichkeiten Anlaß geben. Allerdings werden diese in der Mehrzahl der Fälle nicht durch das Produkt selbst, sondern durch die Sorglosigkeit herbeigeführt, mit der man sich seiner bedient. Diese Sorglosigkeit führt sich freilich nur zu häufig auf die Sicherung, die der Hersteller in der Gebrauchsanweisung gibt, und in der er sich für die absolute Unschädlichkeit seines Fabrikats verbürgt.

Umfchau.

Die einzige Fliegerin Schwedens abgestürzt. Vor kurzem ist die einzige Fliegerin Schwedens, Fräulein Elsa Andersson, tödlich verunglückt. Der Fallschirm, mit dem sie niedergehen wollte, entfaltete sich nicht, so daß die Fliegerin aus 400 Meter Höhe abstürzte.

Die tanzfeindliche Türkei. Die femalistische Regierung geht gegen die junge Weiblichkeit der Türkei, die sich Verstöße gegen die nationale und städtische Würde zuschulden kommen läßt, energisch vor. Das Kultusministerium hat eine Bekanntmachung erlassen, in der es sich scharf gegen das Tanzen der Türkinnen ausspricht. Desgleichen belebt es neuerdings die unter den jungen Damen von Konstantinopel eingerissene Sitte, sich an der Seite von Herren, die nicht dem Islam anhängen, in der Öffentlichkeit zu zeigen mit schwerer Verdammung.

Gesundheitspflege.

Allerlei Neine Winterleiden sind jetzt zu bekämpfen. Der Frost zaubert auf vielen sonst sehr hübschen Frauennäasen eine Möhning herbei, die den von ihr Betroffenen Kummer macht. Ein Mittel, diese Nasenröhre zu beseitigen, ist häufiges Waschen mit folgender Mischung: 2 Gramm Borax werden in einer Unze Rosenwasser aufgelöst und eine Unze Orangeblütenwasser dazu gegossen. Diese Mischung muß auf der Haut eintrocknen. Allabendlich wird außerdem die Nase mit etwas Kampferspiritus eingerieben.

Erstorene Hände sind in der Hauptfalte auf schlechtes Blut, Blutarmut und mangelfeste Blutzirkulation zurückzuführen. Man muß also zuerst die Ursachen bekämpfen; alle die Salben usw., die zur Beseitigung des Froses in den Händen empfohlen werden, nützen in der Regel nichts. Regelmäßigkeit in den Darmfunktionen, einfache, gewürzlose Kost, Diät, viel Bewegung im Freien, dazu Fingermassage, Beflockung und Reißen der Hände und füglich auch das tägliche zweimalige wechselseitige Dampfen derselben über einem Topf mit recht heißem Wasser, das sind die einzigen erfolgversprechenden Mittel gegen erstorene Hände.

Praetid es.

Berwertung von Seifenresten. Sparsamkeit ist für lange Zeit unsere Leistung. Wenn man auch im Interesse der Hygiene und der Ästhetik nicht die sparsame Anwendung der Seife empfehlen kann, so läßt sich doch mit den Seifenresten sehr sparsam umgehen. Man stellt sich zum Sammeln der Reste einen kleinen Becherteller bereit. Hat man ungefähr eine halbe Tasse voll von solchen Resten gesammelt, so zerbricht man die Stückchen, zieht etwa eine viertel Tasse heißes Wasser darauf und läßt die Seife im warmen Ofen vollständig aufweichen. Ist dies geschehen, so röhrt man so viel Mandelklei mit Sand darunter, daß es ein ganz steifer Brei wird. Diesen läßt man entweder in dem Gefäß hart werden, oder man formt ihn sofort zu einem ovalen Stück. Nachdem dieses mehrere Wochen ausgetrocknet ist, verwendet man dieses Seifenstück zum Händewaschen. Es ist zum Reinigen der Arbeitshände vorzüglich geeignet, da es den Schmutz leicht abnimmt und gleichzeitig rauhe Haut geschmeidig macht.

Staubfester Aschesenteuren der Zimmeröfen. Von den vielen Verfahren, die zur Vermeidung des so schädlichen und lästigen Aschesstaubes beim täglichen Heizen der Zimmeröfen empfohlen werden, hat sich nach meiner Erfahrung die folgende Methode am besten bewährt: Bei fest verschlossener Ascheschlitzt wird zunächst der vordere Teil des Rothes mit Scharren und altem Handfeger gründlich von Asche befreit, indem man diese nach hinten schiebt und kehrt. Darauf wird das Feuerungsmaterial von neuem zum Angülden aufgeschichtet und nun erst, wenn das geschehen ist, der Ascheschlitz bei untergehaltener Schaufel, einem dazu bereitgehaltenen Pappefels oder großen Blech langsam herausgezogen. Natürlich muß die Aschesenteuerung täglich geschehen, damit nicht vom überholen Resten die Asche herabfallen kann. Besser ist noch ein bereitgehaltener Reserveschlitz aus einem unbewohnten Ofen. Das wichtigste jedoch zur staublosen Aschesenteuerung ist das Abdichten der äußersten seitlichen Rostfüsse. Eine sehr gute, hältbare Mischung dazu besteht aus feingesiebten Eisenfelspänen (beim Schlosser erhältlich), die man mit konzentrierter Wasserglaslösung zu einem steifen Brei vermischt.

Rezepte.

Nürnberger Lebkuchen. $\frac{1}{2}$ Pfund brauner Sirup oder halb Sirup, halb Honig, wird mit $\frac{1}{2}$ Liter Wasser aufgekocht, mit $\frac{1}{2}$ Pfund Mehl verrührt und mindestens acht Tage stehen gelassen. Dann röhrt man einen Teelöffel Bimt, $\frac{1}{2}$ Teelöffel geschnetze Nüssen, 60 Gramm zu Stiften geschnittene Mandeln dazu, rollt den Teig dazumendig aus, schneidet ihn in länglich viereckige Stücke und backt diese auf meißtbeständigem Blech bei guter Hitze recht rasch. Nach dem Erkalten wird das Mehl abgebrüsst und die Lebkuchen mit Butterglasur bestrichen.

Honig-Schwamm-Auchen. Hierfür sind an Butaten erforderlich: zwei Tassen voll Honig, zwei Tassen voll Mehl, vier Eier und der Saft einer Zitrone. Eigelb und Honig werden zunächst eine Weile zermengengeschlagen. Dann muß aus dem Eiweiß Schnee bereitet und das Ganze untereinander verrührt werden. Darauf mischt man das Mehl darunter und als Würze den Saft der Zitrone. Auf ein Backblech gestrichen, backt der Teig nur wenige Minuten. Auch dieser Auchen wird in längliche Scheiben geschnitten.

Thüringer Klöße aus rohen Kartoffeln. Drei Pfund rohe Kartoffeln werden geschnitten, gerieben, ausgebreitet und gesalzen. Ein halber Liter Milch wird mit 125 Gramm Grieß zu einem flüssigen Brei gekocht, den man Kochend über die Kartoffeln schüttet. Drei Würfel geschnitten und in Fett geröstete Semmeln vermählt man mit der Masse, die gut durchgeknetet werden muß. Die rundgeformten Klöße kocht man in Salzwasser zwanzig Minuten gar und reicht sie zu Sauerkraut, Schmor- oder anderem Braten mit